

Volkstimme

Einzelpreis 15 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Stübgen, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnr. 1111. Für Inserate 1919, für die Redaktion 1919, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitungsstelle L. Naatzstr., Seite 11.

Bezugspreise: Vierteljährlich einschl. Zustellung 5.25 RM., monatlich 1.75 RM. Beim Abholen vom Verlag nach den Postgebühren vierteljährlich 4.50 RM., monatlich 1.50 RM. Bei den Postanstalten vierteljährlich 5.25 RM., monatlich 1.75 RM. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 15 Pf. — Anzeigengebühren: die gewöhnliche Nonpareilspalte 60 Pf., im Restamtliche Zeile 2.25 RM. — Besondere Anzeigen 25 Pf. Anzeigen-Kabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postkontonr.: Nr. 5555 Berlin.

Nr. 291.

Magdeburg, Sonnabend den 13. Dezember 1919.

30. Jahrgang.

Wie Wilhelm regierte.

Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, die „Staats-Akten“, sind jetzt vierbändig bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte erschienen. Sie zeigen in der chronologischen Entwicklung eines verhängnisvollen Sommermonats von Tag zu Tag, fast von Stunde zu Stunde, wie Deutschland, um einen von Tirpitz geprägten Ausdruck zu gebrauchen, in den Weltkrieg „hineingeschlittert“ ist. Es wird nicht mehr geleugnet werden können, daß Deutschland im Juli 1914 Österreich zu scharfem und allerhöchstem Vorgehen gegen Serbien ermutigt hat, auch auf die Gefahr hin, daß sich an der Balkanflamme ein Weltkrieg entzünden könnte. Unaufgeklärt bleibt, wie weit auf der andern Seite Strömungen und Personen am Werke gewesen sind, denen die verbrecherische Leichtsinnigkeit der deutschen Machthaber nur den erwünschtesten Anlaß bot, ein Deutschland längst zugesonnenes Schicksal zu vollenden. Klarheit darüber wird man erst erhalten können, wenn die Akte der Gegner sich öffnen.

Die Sensation der neuen Veröffentlichung besteht nun aber darin, daß in ihr die damals leitende Persönlichkeit des Deutschen Reiches noch einmal in blendende Erscheinung tritt. Wer die Aktenammlung auf die kaiserlichen Handbemerkungen durchgesehen hat, die sie überreichlich enthält, der wird keinem Augenblick mehr darüber im Zweifel sein können, daß das Deutsche Reich vor dem Kriege

von einem halbverrückten Menschen regiert worden ist. Man wird sich vollkommen klar darüber, daß Deutschland mit diesem Mann an der Spitze schließlich in einen Krieg geraten und diesen Krieg verlieren mußte. Das deutsche Volk trägt jetzt die weltgeschichtliche Sühne für seine Schuld, die darin bestand, daß es ihn regieren ließ.

Am 13. Juni, vor dem Attentat von Sarajevo, kommt Wilhelm durch den berühmten Artikel der „Ritshewija Wiedomosti“ („Rußland ist fertig, Frankreich muß es auch sein“) zu der Überzeugung, daß jeder, der nicht an Rußlands kriegerische Absichten glaube, „verdient, umgehend in's Irrenhaus nach Daldorf geschickt zu werden“. Trotzdem baut sich die ganze deutsche Politik nach dem Attentat auf die Hoffnung auf, Rußland und seine Verbündeten würden zurückweichen, wenn das von Deutschland gedeckte Österreich so forsch wie möglich gegen Serbien vorgehe. Wilhelm kam sich in seinen Standglossen gar nicht genug tun, Österreich zu einem solchen Vorgehen aufzuheben.

Alle dieser genialen kaiserlichen Initiative entgegenstehenden Meinungen und Bestrebungen werden glatt untergedrückt.

„Quatsch!“ „Blödsinn!“ „Wahnsinn!“ „Unsinn!“ So bescheiden urteilt der über andre Ansichten, der eines Tages zu einer Bemerkung des Vorkämpfers in Petersburg über die geringe Achtung, die man dort vor Österreich hat, in ungehörter Prophetie die Worte schreibt: „Sochmut kommt vor dem Fall.“

An den Rand einer Note, die von der Vernichtung Serbiens spricht, schreibt Wilhelm: „Das wäre das Beste!“ Aber nach der serbischen Antwort an Österreich kommt der schon bekannte Auspruch:

Eine brillante Leistung für eine Frist von bloß 48 Stunden. Das ist mehr, als man erwarten konnte! Ein großer moralischer Erfolg für Wien; aber damit fällt jeder Kriegsgrund fort, und Wien (der österreichische Gesandte, Adm. d. B.) hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen. Daraufhin hätte ich niemals Mobilmachung befohlen.

Der Selbstherrscher aller Deutschen mußte auf einmal nicht mehr, was gespielt wurde. Er wußte nicht, daß der Krieg gegen Serbien unter allen Umständen beschlossen war und daß er selber in aller Munterkeit diesem Ereignis entgegengehoppelt war wie das Böcklein dem Abgrund.

In Petersburg streifen während des Besuchs Poincarés die Arbeiter. „Bravo!“ bemerkt Majestät am Rande des Berichts lakonisch. Da aber

ein paar Tage später die Berliner Arbeiter den alldeutschen Straßendemonstrationen mit dem gewaltigen Ausdruck ihres Friedenswillens begegnen, schreibt der Herrschöste (29. Juni):

Die Sojaken machen antimilit. Unruhen in den Straßen, das darf nicht geduldet werden, jetzt auf keinen Fall; im Wiederholungsfall werde ich Belagerungszustand prokla-

rieren und die Führer samt und sonders tutti quanti einsperren lassen. Loebell und Jagow dahin instruieren. Wir können jetzt keine Soz. Propaganda mehr dulden.

Der arme Narr ahnte nicht, daß der Frieden, den die Berliner Arbeiter retten wollten, ihm selber den Thron gerettet hätte.

Witzig kann er auch sein. Am 29. Juli schreibt er unter die Unterschrift des Farn „Dein Dich liebender Nichte“ ein ironisches „Danke gleichfalls“. Es ist dasselbe im alten deutschen Weißbuch unterschlagene Parentelegramm, das den Vorschlag macht, den österreichisch-serbischen Streitfall dem Gaager Schiedsgericht zu unterbreiten. Wilhelm schreibt daneben: Manu!

Deutlicher und deutlicher zeichnen sich die Umrisse der kommenden Katastrophe, immer höher steigert sich die kaiserliche Aufgeregtheit. Grey wird mit Spitznamen wie „Giel“, „Bidi“, „Läuscher“, „Weirüger“, „Falscher Hund“ benannt. Eine ungenannte diplomatische Persönlichkeit, die nicht glauben will, daß Deutschland an Österreichs unversöhnlicher Haltung ganz unschuldig sei, erhält die kaiserliche Titulatur „Schwein“!

D obwohl aus den Berichten Flotows aus Rom längst hervorgeht, daß Italien nicht mitmachen werde, rechnet Wilhelm bestimmt auf Italiens Hilfe. „Er vergißt Italien!“ schreibt er an den Rand eines Berichts, in dem dieses Land nicht als Kombattant eines künftigen Weltkriegs mit aufgezählt wird. Um so größer ist die Enttäuschung, daß sich Italien zurückhält. Italien war auf Grund des Bündnisvertrags tatsächlich nicht verpflichtet, für Österreich, das einen Angriffskrieg unternahm, einzutreten. Unter die Unterschrift Viktor Emanuels, der am 3. August diesen Tatbestand mitteilt, schreibt die kaiserliche Hand: „Schurkel!“ Giolitti ist ein „unerhörter Schurkel“.

Die Kunde, daß auch Rumänien nicht mitmache, wird von den Worten begleitet: „Die Verbündeten fallen schon vor dem Kriege von uns ab wie faule Äpfel. Ein totaler Niederbruch der auswärtigen deutschen bzw. österreichischen Diplomatie.“

Am 30. Juli erfolgt im Anschluß an ein Petersburger Telegramm folgender

Werkzeuflungsanspruch Wilhelms:

Wenn Mobilmachung nicht mehr rückgängig zu machen ist — was nicht wahr ist —, warum hat denn überhaupt der Herr meine Vermittlung 3 Tage nachher angerufen, ohne die Erlaubnis des Mobilmachungsbeschlusses zu erwägen? Das zeigt doch klar, daß die Mobilmachung ihm selbst überreicht erschienen ist und er hinterher zur Verurteilung seines erwachten Gewissens pro Forma diesen Schritt bei uns tat, obwohl er wußte, daß er zu nichts mehr nütze sei, da er sich nicht stark genug fühlte, die Mobilmachung zu stoppen. Leichtsinns und Schwäche sollen die Welt in den furibundesten Krieg führen, der auf den Untergang Deutschlands schließlich abzielt. Denn das läßt jetzt für mich keinen Zweifel mehr zu: England, Rußland und Frankreich haben sich verabredet — unter Zugrundelegung des Casus foederis (Bündnisfalls) für uns Österreich gegenüber — den österreichisch-serbischen Konflikt zum Vorwand nehmend gegen uns den Weltkrieg zu führen. Daher Gewissensbisse an sich selbst, solange der Krieg auf Rußland und Österreich beschränkt bleibe, würde England still sitzen, erst wenn wir uns und Frankreich hineinmischten, würde er gegenwärtig sein, aktiv gegen uns zu werden [?]. D. h. entweder wir sollen unsere Bundesgenossen schände verraten

und Rußland preisgeben — damit den Mund sprengen oder für unsre Bundesgenossen von der Insel Entente gemeinsam überfallen und bestraft werden, wobei ihrem Reich endlich Befriedigung wird uns gemeinsam total zu ruinieren. Das ist in nuce die wahre nackte Situation, die langsam und sicher durch Edward VII. eingefädelt, fortgeführt, durch abgelesene Reden Englands mit Paris und Petersburg, systematisch ausgebeutet; schließlich durch Georg V. zum Abschluß gebracht und ins Werk gesetzt wird. Dabei wird uns die Unmündigkeit und Ungeistesfähigkeit unserer Verbündeten zum Vorwand gemacht. Also die berühmte „Einkreisung“ Deutschlands ist man doch endlich zur vollsten Thatfache geworden, trotz aller Versuche unserer Politiker und Diplomaten sie zu verhindern. Das

Reich ist uns plüßlich über dem Kopf zugezogen und hochhinausgehoben hat England den glänzendsten Erfolg seiner beharrlich durchgeführten pure antideutschen Weltpolitik, gegen die wir uns machtlos erwiesen haben, indem es uns isoliert im Reiche zappelnd aus unsrer Bundesgenossenschaft in den Strid zu unsrer politischen und ökonomischen Vernichtung dreht. Eine großartige Leistung, die Bewunderung erweckt, selbst bei dem, der durch sie zugrunde geht! Edward VII. ist nach seinem Tode noch stärker als ich, der ich lebe! Und da hat es Leute gegeben (!) die geglaubt haben, man könnte England gewinnen oder beruhigen, durch diese oder jene kleinen Maßregeln!!! Unablässig, unachgiebig hat es sein Ziel verfolgt, mit Notizen, Feiertagsproklamationen, scases, Geldnoten ujm. bis es jenseitig war.

Und wir sind ins Meer gestürzt und haben sogar das Einwertempo im Schiffbau eingeführt im rührender Hoffnung England damit zu beruhigen!!! Alle Warnungen, alle Bitten meinerseits sind nutzlos verhallt. Jetzt kommt der Engl. sog. Dank dafür! Aus dem Willensma der Bundesgenossen gegen den ehrwürdigen, alten Kaiser wird uns die Situation geschaffen, die England den erwünschten Vorwand gibt uns zu vernichten, mit dem heuchlerischen Schein des Rechtes, nämlich Frankreich zu helfen wegen Aufrechterhaltung der berechtigten balance of Power in Europa, d. h. Auspielung aller Europ. Staaten zu Englands Gunsten gegen uns! Jetzt muß dieses ganze Getriebe schonungslos aufgedeckt und ihm öffentlich die Maske christlicher Friedfertigkeit in der Coffertheit schroff abgerissen werden und die parisijsche Friedensheuchelei an den Pranger gestellt werden! Und unsere Consuln in Türkei und Indien, Agenten usw. müssen die ganze Mohammedan. Welt gegen dieses verhasste, verlogene, gewissenlose Kränervolk zum wilden Aufstand ermahnen; denn wenn wir uns verbünden sollen, dann soll England wenigstens Indien verlieren.

Der ersehnte „Strafkel“, der sieben Millionen Menschen das Leben kosten, zwanzig Millionen ihrer gesunden Glieder berauben, Hunderte von Millionen in Not und Angst stürzen sollte, war nun da. Jetzt rang der Mann, der ihn ersehnt hatte, die Hände. Jetzt redet er sich ein, alle Schuld läge bei den andern, sieht sich in eine Falle geraten. Aber, wenn es eine war, warum ist man hineingetappt?

Die Geschichte des Hauses Hohenzollern endet mit einer Martertragödie.

Ihre gräßliche Krönung, die selbst die Phantasie eines Shakespears überbietet, erfährt ihre letzte Steigerung in einem Telegramm des Vaters an den Sohn, worin ihm dieser infolge einer Vorhaltung Rothmanns vorlante Kriegshetzerische Äußerungen verbietet. Es ist das Geleß der Monarchie, daß der dazu Berechtigte seine Hanswurstmisstreiche allein begeben darf.

Es ist in den Akten nichts beschönigt und nichts verschwiegen. Diese vier Bände sind vier Steine auf dem Grabe der deutschen Monarchie.

Ein Pyrrhusieg.

Der 18. November erschien als eine schwere Niederlage der französischen Sozialisten. Wir haben den Umfang dieser Niederlage genau umschrieben und ihre Ursachen festgestellt. Wir können heute dem hinzufügen, was uns einer der ersten Führer der französischen Gewerkschaften sagte, und was unsere persönlichen Beobachtungen bestätigen fanden.

Die Parlamentarier fanden unter der Clemenceaus ausgegebenen Parole statt: Gegen den Bolschewismus! Die sozialistische Partei, deren neue Führer der Linken noch der Praxis in der politischen Kampfführung ermangeln, gingen in die Falle. Statt von Wahlkampf zu führen unter der Parole: Kapitalkämpfer Imperialismus oder Sozialismus, — verbißten sie sich in eine Verteidigung von Sowjetrußland, auf das die Franzosen wegen des Separatfriedens mit Deutschland nicht gut zu sprechen sind. Wäre der Wahlkampf geführt worden unter der Parole: Für oder gegen den Sozialismus, dann hätte die sozialistische Partei einen großen Sieg erfochten, einen mindestens ebenso großen Sieg wie in Italien und Belgien.

So unser Gewähltes. Die geringe Wahlbeteiligung schien diese Beweisführung zu bestätigen. Das Resultat der Gemeinderatswahlen, die 14 Tage, d. h. 3 Wochen nach den Parlamentswahlen stattfanden, bekräftigten diese Auffassung. Man hätte annehmen sollen, daß unmittelbar unter dem Eindruck der Wahl-niederlage der Sozialisten die antisozialistische Stimmung erst recht sich Geltung verschaffen würde, und unsere französischen Gewählten, niedergeschlagen von den wenig erfreulichen Wahlen, finanziell und physisch erschöpft, bei den Gemeinderatswahlen nicht besser, ja noch schlechter abschneiden würden.

Das Gegenteil ist eingetreten. In Paris stieg nicht nur die Anzahl der sozialistischen Stimmen, während die der bürgerlichen Parteien zurückging, auch die Anzahl der sozialistischen Gemeinderatsmitglieder stieg, trotz der ungerechten Wahlkreis-einteilung, die es bewirkt, daß in den reichen Vierteln der Innenstadt ein Wähler gleich fünf bis zehn Wählern der Arbeiterbezirke der Peripherie beibringt. Von 80 Gemeinderatsmitgliedern sind jetzt 20 sozialistische, statt bisher 16.

In den fünf um Paris gelegerten Vororten, wo am 18. November trotz der 115 000 Stimmen kein einziger Sozialist gewählt wurde, ist das Resultat noch erfreulicher. Bisher hatten die Sozialisten in diesen Vororten die Mehrheit im Gemeinderat; jetzt in 24 Orten, und zwar befinden sich darunter alle größeren. In vielen Vororten, wo bisher kein einziger Sozialist gewählt wurde,

schliche feststehende Widerstände gewährt worden, und realistische Gemeinderatsmehrheiten durch Koalitionsmehrheiten von bürgerlichen Radikalen und Sozialisten verdrängt worden.

Nicht minder erfreulich ist das Resultat in der Provinz. Die Sozialisten errangen die Mehrheit in Lyon, Marseille, Lille, Roubaix, Combray, Louvain, Grenoble, Paris, Perigueux, Saint Omer usw. Sie behaupteten Nordain, Douai, Amoyes, Montlucon. Sie verloren Toulouse, das sie dank der Unmöglichkeit der bürgerlichen Parteien erobert hatten. Sie blieben mit den bürgerlichen Radikalen Koalitionsmehrheiten in Chateau-Merieu, Valenciennes, Gave, Riom, Tours, Boulogne, Besancon usw. Wesentlich ist die Situation in Elsass-Lothringen, wo die Sozialisten bei den Kommunalwahlen kein einziges Mandat errangen, obwohl sie 86 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigten.

Diese überwältigenden Erfolge zeigen deutlich, daß der große demokratische Sieg vom 18. November nur ein Vorstadium war. Diese Erfolge sind errungen worden nicht trotz der Tatsache, daß bei den Gemeinderatswahlen weniger politische und mehr wirtschaftliche Fragen umstritten sind, sondern gerade deshalb. Gerade sind es die wirtschaftlichen Fragen, die allen im Norden stehen. Daß der Kapitalismus abwärtsgerichtet ist, fühlt inständig auch der politische Unerfahrene. Deshalb wendet er sich in diesen Fragen den Sozialisten zu. Möge das Resultat der Parlamentswahlen unsern französischen Genossen eine Lehre sein und das der Gemeinderatswahlen als Schule dienen. J. S. J.

Verfahren gegen Kriegsverbrecher.

Der Reichsrat hat in seiner letzten Sitzung einen Gesetzentwurf zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen, namentlich auch solcher angenommen, die im Ausland begangen wurden.

Im Ausland, namentlich in den Entente-Ländern, sind Zweifel geäußert worden, ob die deutsche Regierung mit der nötigen Tatkraft gegen Straftaten vorgehen werde, die von Deutschen gegen feindliche Staatsangehörige begangen worden sind, namentlich auch im besetzten Ausland. Es erschien daher der deutschen Regierung aber aus politischen Gründen zweckmäßig, vor aller Welt klarzustellen, daß diese Zweifel unbegründet sind.

Darum schlägt der Gesetzentwurf vor, alle diese Taten der Zuständigkeit des Reichsgerichts zu unterstellen und den Oberreichsanwalt zu verpflichten, wegen aller dieser Taten einzuschreiten, auch wenn sie im Ausland begangen sind, während bisher nach dem deutschen Strafgesetzbuch für im Ausland begangene Straftaten kein Verfolgungszwang besteht.

Die neugierigen Franzosen.

Um was sich die französischen Besatzungsbehörden im besetzten Gebiet alles kümmern, zeigt ein Schriftstück, das dieser Tage an die Sozialdemokratische Partei in Brüssel (Hof) ergangen ist. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Vom Bürgermeisterrat Brüssel.

Sozialdemokratische Partei, a. S. Herrn ... Brüssel, den 27. November 1918.

Die französische Behörde hat bezüglich Ihrer Partei um nachstehende Auskunft erachtet:

- kurze allgemeine Definition der Partei
- Ihre Grundzüge
- Ihre Ziele, die sie verfolgt (Programm)
- Größe
- ungefähre Zahl der Mitglieder, 1. insgesamt, 2. Katholiken, Protestanten, Juden,
- Organ
- Namen der Führer oder Vorstände.

Da ich bereits bis 1. Dezember berichten muß, bitte ich um gefällige umgehende Beantwortung.

Wunder kann einem bei diesem Schreiben nur, daß die Franzosen nicht auch die Zahl der Mitglieder und Abgeordneten wissen wollen, und daß sie sich nicht auch um die noch Lebenden oder verstorbenen Eltern und Großeltern und um die in Zukunft vielleicht noch zur Welt kommenden Kinder kümmern.

Von der politischen Freiheit, unter der wir dortigen Genossen leben, legt aber die Umfrage ein bereites Zeugnis ab.

Neue Gefangenenhefte.

Die „Presse de Paris“ brachte kürzlich unter der Überschrift: „Es gibt noch französische Gefangene in Deutschland“ eine Meldung aus Dijon, wonach ein französischer Gefangener namens Arthur Doucet vom 149. Infanterie-Regiment erst jetzt nach seiner Heimkehr nach Dijon zurückgekehrt sei, nachdem er bis vor kurzem mit sieben andern französischen Gefangenen in dunkeln Zellen des Festungsgefängnisses von Langy wegen irgendwelcher während der Gefangenenschaft begangener Vergehen eingesperrt gehalten worden sei, ohne daß ihm und seinen Lebensgenossen die Möglichkeit gegeben worden sei, während dieser ganzen Zeit nach Hause zu schreiben. Erst vor wenigen Wochen seien diese Gefangenen durch Offiziere der französischen Militärmission in Berlin, die sich dienstlich nach Langy begeben hätten, zufällig befreit worden.

Man wird sich daran erinnern können, daß ähnliche Legenden zum ersten Mal während der ersten zwei Kriegsjahre von der französischen Presse gebracht wurden zu dem Zweck, die Familien der vielen kriegswunden als vermögend gemachten Soldaten in dem Glauben zu lassen, ihre Angehörigen seien noch am Leben, und nur durch die Niedertrachtigkeit der deutschen Regierung daran gehindert, Lebenszeichen von sich zu geben. Laterher brachte die „Matin“ eine ganze Reihe von Artikeln aus der Feder des nationaldemokratischen Abgeordneten von Paris, Henri Collin, in denen auf Grund dieser Behauptungen Bergabnahmebeschlüsse gegen die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich empfohlen wurden. Erst nach vielen Monaten, und als solche Propaganda auch tatsächlich von der französischen Regierung verurteilt worden waren, entschloß man sich in Frankreich, nämlich diese Märsche zu demaskieren.

Wichtig ist die französische Militärmission in Berlin bei seiner zurückgehenden Stelle der Reichsregierung in dieser von der „Presse de Paris“ veröffentlichten Angelegenheit vorstellig geworden, was zweifellos geschähe wäre, wenn diese Meldung auch nur auf einem Schein von Wahrheit beruhen würde. Es muß daher mit aller Bestimmtheit dieser Legende entgegengetreten werden, die nur geeignet ist, in Millionen von französischen Familien Verwirrung gegen Deutschland zu erwecken. Es ist wohl möglich, daß einzelne französische Kriegsgefangene erst jetzt nach Hause zurückkehren, aber aus einem ganz andern Grunde

als dem, den die „Presse de Paris“ angegeben hat: Seinerzeit desertierten französische Soldaten, die sich bei der allgemeinen Niederlage ihrer Kameraden nach Frankreich aus Angst vor dem Kriegesgericht nicht trauten, und die jetzt, durch das Gelingen gepakt, ihre frühere Märsche mit solchen geflüchteten Kameraden ihren Familien und den Militärbehörden erklären wollen.

Die Mörder von München.

München, 11. Dezember.

Die Verhandlung wurde am Donnerstag 8 Uhr mit der Vernehmung des Landtagsabgeordneten Kautz fortgesetzt. Der Zeuge schilderte das Attentat auf Auer mit großen und ganzen in der gleichen Weise wie die Vorzeugen. In demselben Sinne sagt der Münchner Oberbürgermeister, Abg. Eduard Schmid, aus. Er erzählt über seine Beobachtungen weiter folgendes: Als ich zu Auer, der übergebenen war, hinging, rief er nach einem Arzt. Ich suchte im Refektorium nach dem Kollegen Dr. Kochbrunner, der aber bereits mit Opel beschäftigt war. Es kamen nun ein anderer Arzt und ein Sanitäter. Dieser Sanitäter beschäftigte sich zunächst mit Johreis und behandelte ihn wie ein Stück Holz, mit einer Nothilfe, wie ich es selten erlebte. Auer war von oben herab nach einem Stagnat, der Sanitäter antwortete darauf: „Da ist's vorbei mit dem Stagnat, der ist schon erloschen, da hilft nichts mehr.“ Es war eine Nothilfe sonderbar. Der Zeuge Stadtrat Joseph Hoffmann berichtet: Als er zum Landtag kam, drang eine Gruppe von Leuten, an ihrer Spitze der dem Auer bekannte Frisch, aus dem Lora heraus, und Frisch rief immer wieder: „Schlüt euren revolutionären Arbeiterrat! Auer ist bereits geblieben, Kopfhaupter kommt auch noch dran!“ Der Ruf wurde immer wieder ausgestoßen. Der Angeklagte Frisch bemerkt dazu, daß er sich nicht erinnern könne, daß er solche Worte ausgesprochen habe. Stadtrat Hoffmann belohnt weiter, es sei ihm bereits 24 Stunden vor dem Attentat von kommunistischer Seite mitgeteilt worden, daß Auer in 24 Stunden nicht mehr lebe.

Der nächste Zeuge ist der frühere Justizminister Johann Limm. Er bekundet: Als die Nachricht von der Erschießung Gismers eingetroffen war, war ich mir sofort klar darüber, daß dies große politische Welterungen auslösen würde. Mein Kollege Hoffmann ist an mich herangeritten und legte mir nahe, ich solle verschwinden, er hätte von Fahrenbach gehört, daß man gegen Auer, Kopfhaupter und mich etwas im Schilde führe. Ich habe kurz erklärt: „Das ist ein unmöglicher Zustand. Denn wir werden gerade jetzt abwarten müssen, wie sich die Dinge entwickeln.“ In der Pause zwischen dem ersten und zweiten Zeile der Sitzung kam auch Direktor Hans Bauer zu mir und bat mich dringend, ich solle mich in Sicherheit bringen. Ich legte ihm die Unmöglichkeit dessen dar, telephoniere aber meiner Frau, daß sie gefahrt sein solle, wenn etwas vorkomme. Der Zeuge schildert dann das Attentat auf Auer in der bekannten Weise. Er äußert sich dann auch noch ausführlich über die Gründe der Mißstimmung.

Insbesondere auch gegen ihn bestanden. Als solche gibt er einmal die Bürgerwehrauslegung, dann die Verhaftung Lebins an, und endlich einen Ministerratbeschluss, wonach die technische Abteilung der Stadtkommandantur mit einem Offizier besetzt werden sollte. Das habe man als reaktionäre Maßnahmen gedeutet. Einer der Hauptgründe ist nach Meinung des Zeugen der gewesen, daß kurz vor der Revolution in den Reichstagswahlen Auer dem Kandidaten der U. S. P. Gismar gegenüberstand. Auch der Matrosenputz soll eine Rolle gespielt haben.

Hierauf erscheint Verfechterminister von Frauendorfer. Wie er bekundet, kam es in dem Ministerrat zwischen Auer und Gismar am Tage vor der Tat zu scharfen Auseinandersetzungen. Gismar hatte das Gefühl, daß es mit einer Macht zu Ende sei, an die er sich mit allen Mitteln klammerte und an der er mit außerordentlicher Stille hing. Gismar hatte das Empfinden, daß Auer ihn hestücken wolle, ein Empfinden, das wohl auch bei den übrigen Herren im Kabinett vorhanden war. Ich habe, fährt der Zeuge fort, in Gismar stets ein Unheil gesehen in seiner kindlichen Art, Dinge zu machen, die er nicht verstand. Gismar hat sich damals außerordentlich scharf gegen Auer gewandt und dabei seine Selbstbeherrschung vollständig verloren. Er hat Auer zugerufen:

„Ich warne Sie! Sie wissen nicht, was vorgeht!“

Daraus zog ich den Schluß, daß Gismar Vorbereitungen getroffen habe, um den Landtag außer Aktion zu setzen. In eine blutige Aktion dachte ich jedoch nicht. Sie sahien mir dem Wesen Gismars zuwider zu sein.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob der Zeuge glaube, daß die Tat auf Auer auch ohne das Attentat auf Gismar verübt worden wäre, erklärte der Zeuge mit Nachdruck: Darüber kann kein Zweifel bestehen. Ich halte das für eine ausgemachte Sache. Es ergab sich aus der ganzen Situation, der revolutionäre Arbeiterrat wollte unter allen Umständen den Zusammenbruch des Verbands verhindern. Es ist mir a. B. in Erinnerung, daß Gismar einmal im Ministerrat — die Herren hatten ja damals überall Zutritt — die Ausrufung tat, der Landtag komme nicht mehr zusammen. Auer hat nicht daran gedacht, wie damals behauptet wurde, die Monarchie wiederherzustellen. Abgesehen von seiner sozialistischen Bestimmung, die allein schon ihn auf andre Bahnen lenkte, hatte Auer durch seine staatsmännliche Begabung erkannt, daß dieser Krieg die Monarchie mit ihrem Ende bezahlen müsse. Ein Rästel ist mir, wie man behaupten konnte, Auer habe sich bestochen lassen. Das Gerücht, das damals über Auer ging, kann ich positiv nicht widerlegen, ich glaube aber mit aller Bestimmtheit, daß nichts Wahres daran ist. Der Zeuge schildert dann, wie das Militär vollständig verfaßt habe. Hauptächlich unter dem Einfluß Saubers und Klinghofers, der einer der Schlimmsten in dieser Richtung gewesen ist. So sei es gekommen, daß die radikalen Elemente mit Erfolg darauf hinarbeiteten, der Regierung jeden Haht von Macht zu entreißen. Wenn einmal die Geschichte der Revolution geschrieben wird, darf man auch den Anteil nicht übersehen, den

das großstädtische Verbrechen

an den Geschickten hat.

Nachdrücklich lautet: Es wird behauptet, daß die Beziehungen zwischen Auer und Gismar so gewesen seien, daß sogar eine gewisse persönliche Zuneigung bestanden habe.

Zeuge: Ich gebe zu, daß in gewisser Hinsicht die Persönlichkeit Gismars dem Minister Auer Respekt abgenötigt hat, aber ich betone „in gewisser Hinsicht“.

Notizen.

Der Reichsminister des Innern wird bekanntgegeben: Oberst Reinhardt schreibt mit dem 11. Dezember aus der Reichswehr aus. Er ist mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt worden.

Helfferichs Bericht über die parlamentarische Untersuchungskommission der Nationalversammlung erzielte in einer Vollziehung die Fragen, die durch das Verhalten des früheren Staatssekretärs Dr. Helfferich bei seiner Vernehmung aufgeworfen worden waren. Der Ausschuss beschloß mit allen gegen zwei Stimmen, zu erklären, daß jedes Mitglied des Untersuchungskomitees fragerecht habe und infolgedessen auch jede Auskunftsperson die Antwortpflicht jedem Ausschussmitglied gegenüber zu erfüllen habe. Im übrigen beschloß der Ausschuss, daß er in seiner Vollversammlung nicht als Beschwerdeinstanz für Eingriffe gegen Entscheidungen des Untersuchungsausschusses anzusehen werden könne. Jeder Interpellation hat der Ausschuss über die etwaigen Eingriffe von Untersuchungsausschüssen oder Gesetzentwürfen zu entscheiden.

Tirol für den Anschluß an Deutschland. Die Sprecher der drei Parteien des Tiroler Landtages legten am Donnerstag zur Begründung des bereits angekündigten Antrags dar, warum Tirol gezwungen sei, den wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland zu suchen. Dieser Anschluß solle in Festsetzung eines gemeinsamen Zolltarifs sowie der Währungsseinheit zum Ausdruck kommen; in politischer Beziehung will Tirol bis auf weiteres bei Deutschland bleiben. Der im Sinne dieser Forderungen von den drei Parteien gemeinsam eingebrachte Antrag wurde einstimmig angenommen. Staatskanzler Dr. Renner wurde telegraphisch vom dem Beschluß in Kenntnis gesetzt und ersucht, den Beschluß vor dem Obersten Rat zu vertreten.

Aufhebung der Militärgerichte in Sicht. In einigen Berliner Blättern wird mitgeteilt, daß die Aufhebung der Militärgerichte bereits beschlossen worden sei. Diese Behauptung ist unrichtig. Der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit ist, wie das Wolffsche Telegraphenbüro mitteilt, bereits fertiggestellt und wird in kürzester Zeit dem Reichsrat und der Nationalversammlung zur Beschlußfassung zugehen.

Der Betriebsausschuss der Nationalversammlung nahm einen sozialdemokratischen Antrag an, wonach das Wahlalter auf 18 Jahre festgesetzt wird. Wähler zum Betriebsrat sind Arbeitnehmer bei derlei Beschäftigung im Alter von 24 Jahren. Für die Zusammenfassung der Betriebsräte wurden von den weiblichen Abgeordneten der Demokraten und der Rechten Anträge eingebracht, wonach eine unabhängige Berücksichtigung der Frauen verlangt wurde. Alle diese Anträge wurden abgelehnt und der Beschluß der ersten Sitzung aufrechterhalten, wonach die weiblichen Arbeitnehmer bei den Wahlen nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen. Die weiteren Artikel wurden bis Artikel 29 nach den Beschlüssen erster Sitzung angenommen.

Einstellungspflicht für Schwerbeschädigte. Im Reichsrat wurde der Gesetzentwurf über die Beschäftigung von Schwerbeschädigten angenommen, wonach jeder Arbeitgeber verpflichtet ist, einen Schwerbeschädigten, der für einen freigeordneten Arbeitsplatz geeignet ist, an dem Bewerber vorzuziehen. Außerdem ist der Arbeitsminister ermächtigt, anzugeben, daß private Arbeitgeber bestimmte Arten von Arbeitsplätzen, die für die Schwerbeschädigten besonders geeignet sind, frei zu halten haben.

Der internationale Kongress verlegt. Die „Kribune de Geneve“ meldet, daß der internationale Sozialistenkongress, der im Februar in Genf stattfinden sollte, verlegt worden. Wahrscheinlich wird der Kongress im Laufe des Sommers stattfinden.

Kleine Verögerung des baltischen Abtransports. Der Marsch der Eisenbahn Wlissing und der Deutschen Legion hat sich infolge der schlechten Wege etwas verzögert. Die Anfänge der Kolonnen werden wahrscheinlich am 11. Dezember abends und am 12. Dezember morgens die deutsche Grenze überschreiten. Am 8. Dezember wurden die Unterkunftsorte der Deutschen Legion in der Gegend Werpian von Warden beschossen. Die Truppen werden nach dem langen Fußmarsch und den damit verbundenen Entbehrungen einige Tage Ruhe brauchen. Erst dann werden sie in das Innere des Landes abtransportiert werden. Sie stehen bis zu dieser Zeit zum Schutze der Grenze bereit. Für den eigentlichen Grenzschutz sind aus dem Innern des Landes Reichsmehrtruppen zusammengezogen, die die aus dem Baltikum zurückkehrenden Truppen abstützen sollen. Die landwirtschaftlichen Organisationen sind wiederholt an die militärischen Kommandostellen herangerufen, ihnen landwirtschaftliche Arbeiter und Siedler zur Verfügung zu stellen. Eine großartige Organisation in dieser Richtung ist im Werden begriffen.

Gefangenennahme aus Übersee. Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: 852 Zivilgefangene aus Australien trafen am 10. Dezember mit dem Dampfer „Valencia“ in Rotterdam ein. Ein weiterer Transport von 288 Personen aus Australien kommt mit dem Dampfer „Rugia“, dessen Landung in Rotterdam am gleichen Tag erwartet wurde. Mit 60 Zivilheimkehrern aus Trinidad und 23 Kriegsgefangenen von der Befahrung der „Medenburg“ landete am 9. Dezember der Dampfer „Oranje-Rassau“ in Amsterdam. Die Ankunft des Dampfers „Windjull“, der 458 Heimkehrer aus Südwestafrika an Bord hat, wird am 13. Dezember in Rotterdam erfolgen. Die Zahl der Heimkehrer aus Vorderindien, die der am 9. Dezember aus Bombay abgefahrene Dampfer „Dain“ mitbringt, wird noch bekanntgegeben.

44 Eisenbahnwagen mit Lebensmitteln verschunden. Die Diebstähle auf der Eisenbahn haben trotz der behördlichen Gegenmaßnahmen in ihrem Umfang nicht abgenommen. Nicht allein einzelne Eisenwagen werden gestohlen, sondern ganze Waggon mit Lebensmitteln werden nach wie vor verschoben. Das „Heeresverordnungsblatt“ veröffentlichte dieser Tage eine Liste von 44 mit Lebensmitteln beladenen Eisenbahnwagen, die teils vom Probiantamt Kaschau abgehandelt, teils an das Probiantamt Kaschau gesandt worden sind, die aber unversehrt spurlos verschwunden und bisher nicht ermittelt werden konnten. Auf folgende Eisenbahnwagen waren beladen: 3171 Sach Roggenmehl, 10950 Altkorn Weizen, 300 Sach Gerstentrot, 200 Kisten Futtermittel, 8 Stück Milchvieh, 64 Kisten Wurstkonzerne, 44 Kisten Margarine, 21 Kisten Käse, 9 Kisten Butter, 10 Kisten und 40 Pack Käse, 22 Pack Knochenfett, 308 Sach Speisemehl, 18 Kisten und 6 Pack Dörrenmühle, 80 Kisten Harzöl, 27 Sach Graupen, 80 Kisten Backobst, 80 Sach Gerstentrot, 17 Sach Gerste, 48 Pack Rindfleisch, 200 Kisten Rindfleisch in Dosen, 100 Pack Gerste, 21066 Liter Bier, 200 Sach Bohnen, 1740 Sach Hafer, 760 Sach Kaffee, 235 Sach Tischkaffee und 18 Kisten Knochenbrühwasser.

Für den Frieden mit Rußland. Aus London wird gemeldet, daß in der heutigen Sitzung des Gewerkschafts-Kongresses beschlossen wurde, den Friedensschluß mit Rußland zu fordern. Man kam überein, eine Delegation zu den Bolschewisten zu senden.

Ein russisches Friedensangebot. Der Abgesandte der russischen Sowjetregierung hat dem Reuters-Korrespondenten in Kopenhagen mitgeteilt: Wir haben den Vertretern der alliierten Mächte in Kopenhagen und andern Orten die Abschriften einer Resolution zusammen mit einem Begleitschreiben überreicht, das ihnen namens unserer Regierung mitteilt, daß die Resolution als reelles Friedensangebot angesehen werden soll, und daß er ermächtigt sei, Verhandlungen über Zeit und Ort für die vorgeschlagene Konferenz einzuleiten. Die Resolution, die am 5. Dezember vom 7. allrussischen Sowjet-Kongress einstimmig angenommen wurde, ist von dem Präsidenten des Kongresses, Kalinin, unterschrieben und besagt u. a.: Der Kongress bekräftigt seinen unzerbrechlichen Wunsch nach Frieden und schlägt noch einmal allen Ententemächten vor, sofort Friedensverhandlungen zu beginnen. Er ermächtigt den Vollzugsausschuss, den Rat der Vollkommmissare und das Vollkommmissariat für auswärtige Angelegenheiten, diese Friedenspolitik systematisch fortzusetzen und alle Maßnahmen zu ihrer erforderlichen Durchführung zu treffen.

Der soziale Konflikt in England. In London wurde der Sonderkongress der Gewerkschaften eröffnet, der über die durch die Nichterfüllung der politischen Forderungen der Arbeiter entstandenen Zustände beraten soll. Eine einstimmig angenommene Entschließung spricht sich dafür aus, die Propaganda für die Sozialisierung der Bergwerke zu eröffnen und im Februar einen außerordentlichen Kongress einzuberufen, der darüber beschließen soll, in welcher Weise die Regierung gezwungen werden soll, die Forderung auf Befriedigung anzunehmen.

2. Beilage zur Volksstimme.

Die Nationalversammlung.

127. Sitzung.

Berlin, 11. Dezember.

Erste Beratung einer Novelle zum Bankgesetz.
Reichsbankpräsident Savenstein: Das letztmalig ausgesprochene Notenprivilegium der Reichsbank läuft mit Ende 1920 ab. Ein Jahr vor Ablauf des Privilegiums muß seine Erneuerung ausgesprochen werden. Die sich die Gewinnverhältnisse der Reichsbank nach Wiedereintritt normaler Verhältnisse gestalten werden, läßt sich für das Reich wie auch für die Anteilseinerhaber noch nicht übersehen. Es ist deshalb notwendig, den Weg des Provisoriums zu beschreiten und das gegenwärtige Privilegium zu verlängern. Es ist vorgesehen, daß künftig das Bankuratorium aus dem Reichslangler als Vorsitzenden und acht Mitgliedern bestehen soll, von denen zwei vom Reichspräsidenten zu ernennen sind, die sechs andern vom Reichsrat. Eins von diesen ist auf Vorschlag Preußens zu berufen. Auch befreit der Entwurf, die Vorschriften über den Geschäftsbetrieb der Privatnotenbanken zu ergänzen.
Der Entwurf wird an den sechsten Ausschuss überwiesen. Darauf wird die Einzelberatung des Reichsnotopfergesetzes in zweiter Lesung fortgesetzt.
Die §§ 6—14 werden mit unerheblichen Änderungen angenommen. § 15 wird mit einem von den Demokraten, Sozialdemokraten und dem Zentrum gemeinsam beantragten Zusatz angenommen, wonach auch die zur Verteilung laufender Ausgaben nicht geschäftlicher oder beruflicher Art für drei Monate erforderlich Verträge an Geld, Bank- oder sonstigen Guthaben, soweit sie aus den laufenden Jahreseinkünften stammen, abgegriffen werden können.
Nach § 18 ist der Wertfeststellung der gemeine Wert (Verkaufspreis) zugrunde zu legen, jedoch bei land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Grundstücken der Ertragswert. Die Sozialdemokraten beantragen, auch die ländlichen Grundstücke nach dem gemeinen Werte zu berechnen.
Die Abg. Mund (Dem.) und Jarwid (Ztr.) beantragen, daß für die Bewertung der Grundstücke der § 152 der Reichsabgabenordnung mit der Maßgabe gilt, daß als Ertragswert nicht das Hundstundzwanzigjährlage, sondern das Zwanzigjährlage des Kleinertrags berechnet wird.
Der Antrag Dr. Mund-Jarwid wird angenommen.
§ 18a besagt, daß das gewerbliche Betriebsvermögen nur mit 20 Prozent seines Wertes eingezahlt werden soll.
Ein Antrag Mund-Jarwid wird als § 18b eingefügt, wonach der Wert der im Ausland liegenden Grund- und Betriebsvermögen in der Währung des Landes zu schätzen ist, in dem es sich befindet.
Die §§ 19 bis 24 werden angenommen, darunter auch ohne jede Erweiterung § 22, der die Steuerstufen enthält, die mit 10 Prozent für die ersten 50 000 Mark Vermögen beginnt und progressiv steigt bis zu 65 Prozent bei einem Vermögen von mehr als 7 Millionen Mark.
§ 25 enthält die Begünstigung für die kleinen Rentner und bestimmt, daß einem Abgabepflichtigen, dessen steuerbares Vermögen nicht über 100 000 Mark und dessen Jahreseinkommen nicht über 6000 Mark beträgt, die Abgabe auf Antrag ginstlos zu stehen ist, und daß auch im übrigen einem Abgabepflichtigen die Abgabe gestundet werden kann, wenn die Einzugsung und Verpfändung eine besondere Härte ist. Die ginstlose Stundung kann auch nach dem Tode des Abgabepflichtigen bis zum Ableben des überlebenden Ehegatten fortgewährt werden. Die Stundung kann aber bei veränderten Verhältnissen des Abgabepflichtigen auch wieder aufgehoben werden.
§ 26 wird in der Ausschlußfassung angenommen, ebenso ohne Aussprache die §§ 27 bis 28.
§ 43 regelt die Abgabepflicht für Arbeitsschiffe und gebundenen Vermögen.
Die Deutschnationalen beantragen hier folgende Einfügung: Im Falle der Gesamtveranlagung gemäß § 80 der Abgabenordnung gilt für die vermögensrechtlichen Beziehungen und die Auseinandersetzungen zwischen dem gebundenen Vermögen und dem Inhaber jeder Teil als Schuldner des Abgabenteils, der nach den Verhältniszahlen berechnet wird, die sich ergeben, wenn gebundenes Vermögen und Inhaber getrennt veranlagt werden wären.
Der Antrag wird fast einstimmig angenommen (Geiterseit u. Weiffall) und der § 43 wird mit dieser Änderung angenommen.
Ein neuer § 45a wird auf Antrag Mund beschlossen, wonach Aktiengesellschaften und sonstige Genossenschaften die zur

Veranlagung der Abgabe oder eines Teiles derselben erforderlichen Mittel aus dem gesetzlichen Reservefonds entnehmen dürfen. Die letzten Paragraphen des Gesetzes werden in der Ausschlußfassung angenommen.
Damit ist die zweite Lesung des Reichsnotopfergesetzes erledigt.
Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr.

Tagungen der Ortskrankenkassen.

Zwei Tagungen der Ortskrankenkassen, die für die Versicherung der Arbeiter wichtig sind, fanden kürzlich statt. In Leipzig fand die Tagung des Reichsverbandes deutscher Ortskrankenkassen statt, welchem über 1200 Kassen mit über 8 Millionen Versicherten angehören. Die Tagung war gut besucht, trotzdem die besetzten Gebiete nur schwach, teilweise gar nicht vertreten waren. Wie der Vorsitzende Fräulein (Dresden) betonte, sind den Krankenkassen neue schöne Aufgaben gestellt worden, so u. a. auch die Fürsorge für das kommende Geschlecht; ob sie diese Aufgaben lösen können, steht dahin. Möglichst baldige Zentralisierung der Kassen und Aufhebung jeder Befreiung von der Versicherungspflicht ist dazu nötig.
Im Reichsversicherungsamt können zurzeit Erwägungen über die Erhöhung der Grundlöhne. Dazu hat der Verband den Antrag gestellt, die Versicherungsgrenze auf 10 000 Mark und den Grundlohn auf 30 Mark festzusetzen. (Hoffentlich wartet die Regierung mit diesen beiden Fragen nicht bis zur Erledigung der Reform der ganzen Krankenversicherung, bzw. der Reichsversicherungsordnung; das wäre für die Versicherten ein unmöglicher Zustand, jetzt muß Hilfe werden.) Die Neuwahl für die Kassenorgane soll Ende 1920 erledigt sein; die neuen Vertreter, Vorstände usw. treten am 1. Januar 1921 ihr Amt an.
Die Krankenkassen können nicht darauf rechnen, Entschädigungen für die Leistungen infolge des Krieges zu erhalten. Die Kosten für die Wochenhilfe müssen die Kassen zum größten Teil tragen (für die versicherten Arbeiterinnen ganz). Mit den Ärzten sprachen Verhandlungen über Abschluß einer gemeinsamen Reichs-Tarifgemeinschaft, welche von den Kassen schon lange erstrebt ist. Die Einführung der freien Arztwahl nach dem Wünsche der Ärzte könnte kein Hindernis für den Tarif mehr sein. Allerdings sind die für 1920 geforderten Honorare sehr hoch (12—16 Mark für die Sprechstunde, 2,50—3 Mark für Hausbesuch usw.). Wegen die Höhe der Forderungen der Ärzte nahm die Tagung eine Stellung; der Antrag, baldere auf Verhandlung mit den Ärzten wegen Herabsetzung der Tarifforderungen wird einstimmig angenommen. (Bei der Leipziger Klasse würde allein das Arztanorar von 2 auf 6 Millionen Mark steigen)
Zur Reform der Reichsversicherungsordnung unterbreitet der Vorstand der Regierung Vorschläge auf Erweiterung der Leistungen, Wochenhilfe, Familienrentenpflege, Erweiterung der Versicherungspflicht bis 10 000 Mark Einkommen, der Hausgewerbetreibenden bis 6000 Mark usw. Es werden Einheitskassen für jeden Bezirk sowie Zwangs-Kassenverbände mit den Orts- und Bezirksverbänden mit den Trägern der Sozialversicherung und der Wohlfahrtspflege gebildet.
Zur Förderung der Einheitskassen soll den Betriebskassen eine Konzession gemacht werden; sie können bestehen bleiben bei 10 000 bzw. 6000 Mitgliedern in Orten mit über bzw. unter 100 000 Einwohnern (17). Hierzu ist vom Reichrat beauftragt worden, daß man dann auch die besonders Ortskrankenkassen betreiben lassen müsse.

Viel Zeit nahm der Punkt Tariffgemeinschaft mit den Angestellten in Anspruch. Der Vorstand erstrebt den Abschluß eines Mindesttariffs, der durch Verhandlungen mit den Ortskrankenkassen der wirtschaftlichen Struktur dieser Gegenden angepasst werden könnte. Dagegen wehren sich die Vertreter der Angestellten. (Nicht ein anderer Verband neben dem Verband der Bureauangestellten wollte zur Tariffgemeinschaft zugelassen werden.) Es sollen neue Beratungen in Berlin stattfinden, die hoffentlich zu einem Reichstarif führen werden. — Billigung fand ein Abkommen mit den deutschen Landesversicherungsanstalten über Ausgestaltung der Heilbehandlung und Krankheitsübertragung; die Anstalten sind danach liberaler, entgegenkommender im Interesse der Versicherten.
Zur Arznei- und Heilmittelversorgung wurde ein Entschluß angenommen, der auf die gewaltig gestiegenen Aufwendungen der Kassen verweist. Die Versicherten vor Überlastung eines übertriebenen Arzneiverbrauchs warnen, und das Verantwortungsgesühl für eine sachgemäße Verwendung zu stärken. Die nächste Veranordnung seitens der Ärzte ist zu erstreben. Die Selbst-

abgabe der Krankenkassen- und Heilmittel ist den Kassen zu gewährleisten, bis eine gemeinsame Herstellung von Arznei- und Heilmitteln und deren Vertrieb durchgeführt ist. — Zum Schluß ist es nötig darauf hinzuweisen, daß die von allen Seiten gestellten erhöhten Ansprüche an die Kassen die Erhöhung der Beiträge auf 6 oder 7 Prozent, oder bei besonders ungünstig arbeitenden Kassen sogar 8 Prozent nötig macht. Netze Ausflüchte für die Versicherten, welche durch erhöhte Teilnahme und Zinsen der den Organen der Selbstverwaltung an der Sozialversicherung über Haupt, zum Gebahren ihrer Kassen beitragen können. Auch hierzu und muß es bald heißen: Sparen, um das Nötige und Wichtigste leisten zu können!

Unterverbandsstag für Sachsen-Anhalt.

In der „Reichshalle“ zu Magdeburg fand am Sonntag eine außerordentliche Tagung des Unterverbandes der Ortskrankenkassen Sachsen-Anhalts statt, welche von 22 Kassen mit über 840 000 Versicherten besucht war. Der Vorsitzende, Herr Drechsler, begründete die Notwendigkeit der Tagung unter Hinweis auf die eingegangenen Proteste einiger Kassen gegen die Höhe der Gehaltslässe in dem zwischen Vorstand des Unterverbandes und Verband der Bureauangestellten am 22. September abgeschlossenen Tarif. In der sehr eingehenden Aussprache wurden im allgemeinen die Gehaltslässe für die Heilkräfte, die weiblichen und jüngeren Angestellten im Verhältnis zu dem der Familienväter für zu hoch befunden. Von anderer Seite wurde geltend gemacht, daß der Abschluß des Tarif ohne und gegen den Willen des Hauptverbandes erfolgt sei, der damit vor einer vollendeten Tatsache stehe, die nachteilig auf die Reichstarif-Verhandlungen, die jetzt in Berlin stattfinden sollen, einwirke. Es müsse ein Reichstarif geschlossen werden, der durch Sozialzufolge aufzubessern sei. Der Unterverband stellte sich somit außerhalb des Rahmens der Organisation des Hauptverbandes. Nachdem der Vorsitzende darauf verwies, daß der Vorstand unter einem Zwang infolge der Einwirkungen und des Drängens der Angestellten-Organisation so gezwungen habe, wurde unter Ablehnung des Antrags „den Reichstarifabschluß rückgängig zu machen, den Tarif dann in Einklang mit dem Reichstarif zu bringen, den Angestellten aber die neuen Gehälter ab 1. Oktober 1919 zu zahlen“, bei einigen Stimmenthaltnungen mit allen gegen sieben Stimmen der Tarifabschluß genehmigt.
Danach erhoben die Angestellten: 600 Mark Beschäftigungshilfe, ledige und weibliche die Hälfte. Der Tarif sieht jährliche Erhöhungen der Gehälter vor, so daß nach 12 Jahren das Höchsthöhe erreicht sein muß. Für einen großen Teil der Angestellten treten danach die Höchsthöhe in Kraft. In vier Gehalts- und vier Ortsklassen betragen die Gehälter:

I.	II.	III.	IV.
3300—4200	3000—3900	2700—3600	2175—3000
2400	2400	2400	2400
1850—2100	1500—1850	1350—1800	1038—1500
7850—8700	6800—8250	6350—7800	5968—8000

Das 10 Mark Kinderzulage monatlich bis zu vier Kindern (Höchstbetrag 400 Mark pro Jahr).

Bei der Besprechung der von der Allgemeinen Ortskrankenkasse Magdeburg vorgelegten Ruhe-Dienstleistungen wurden Abänderungswünsche geäußert.
Der Vorsitzende (Halle) erklärte die Beschlüsse des Hauptverbandestages in Leipzig, mit denen man einverstanden sein könne. Es wurde hierzu noch ein Antrag der Graphischen Ortskrankenkasse Magdeburg einstimmig angenommen, in dem gefordert wird, daß die Regierung die Erhöhung der Versicherungsgrenze auf 10 000 Mark und die Festsetzung des Grundlohnes auf 20 Mark pro Tag umgekehrt durch ein Notgesetz ohne Rücksicht auf die Reform der R.V.A. und der gesamten Sozialversicherung, deren Durchführung Jahre dauern könne, einführen folle. Den erkrankten Versicherten, die in Not geraten, muß jetzt geholfen werden.
Für den nächsten Unterverbandsstag, der in Erfurt stattfindet, wurde Sachungsänderung beantragt, welche die Vertretung der Kassen und die Art der Abstimmung auf den Tagungen neu regelt. Danach dürfen auch Angestellte als Delegierte wohl gewählt werden wie bisher, aber in Fragen der Angestellten-Verhältnisse können sie kein Stimmrecht, sondern nur beratende Stimme haben. Der Antrag wurde angenommen.
Der Beitrag für Unterverband (inkl. Hauptverband) wurde auf 8 Pfennig pro Mitglied und Jahr erhöht.

Absolve te.

(Ich spreche dich frei.)
Roman von Klara Wiebig.
(60. Fortsetzung.)

In einem plötzlichen Impuls machte sie ihre beiden Hände frei und schloß sie um seine Wangen, wie sie so oft getan hatte, als ihre Hände noch klein gewesen waren, ihre Fingerringe nicht mehr als fliegende Schalen, die auf seiner fleischigen Wangen herumspitzten. „Ach, mein süßes Mädelchen, wenn Du doch aufhören möchtest, zu trinken! Alles, alles würde dann besser sein! Die Mutter würde dann nicht mehr — Du wirst wieder Freude haben, Du wirst nicht einsam sitzen hier innen mehr, Du wirst den Wein sehen und den Saft und den roten Meer, der so süß duftet! Mädelchen, denke an!“
Sie redete sich heiß in ihrem Eifer, sie vergaß selbst ihr Kloster, und daß sie ja nicht mehr hier sein würde, das Bessere zu sehen. Und dann als letzte, als höchste Verheißung: „Mädelchen, und Du wirst dann doch noch fertig werden, weil im Himmel wird Deine Sünden vergeben!“ Sie sah ihn leuchtend an, als wollte sie ihn erlösen mit ihrer strahlenden Freudigkeit.
Aber sein Blick leuchtete nicht auf. Stumpfsinnig sah er vor sich nieder und brummte nur: „Ja, Du bist Mädelchen!“
„Doch!“ Sie fiel neben ihm auf die Knie und hob an-bächtig ihre Hände hoch empor: „Gibt Du? Die Engel im Himmel, Dein Schützengel oben, die frohlocken: Galileja!“
Der Tiralla murmelte etwas Unverständliches.
Mözia hörte es nicht; sie hörte überhaupt nichts mehr, ihre Seele flog beschwingt aus der dunstigen Stube empor: Gott hatte sie gelobt, Jesus Christus war mit ihr! Sie empfand eine Selbige-keit, die sie fast überwältigte. Tränen süßester Ermattung nach höchster Anspannung feuchteten ihre Wangen. Was war alles Glück der Erde gegen dieses Glück, den Wader zu retten, seine Seele zu erlösen aus der Verdammnis! Erschauernd barg sie ihr Gesicht in den Händen.
Still war's in der Stube; draußen nur orgelte der Sturm. Herr Tiralla hatte noch der Flacke gegoffen, aber nicht, um sie zu zerschmettern auf ihr Gesicht; ängstlich barg er sie an seiner Brust wie ein kostbar zu behütendes Kleinod.
Auch das, also auch das, das letzte, wollten sie ihm danken? Nein, dies ließ er sich nicht nehmen, lieber keß er

sich selbstlagern drum! „Psia krew!“ Er fluchte so laut auf, daß die Lächer zusammenfuhr.
Aus dieser Entzweiung gewacht, sah Mözia empor, wie der Alte die Flacke am Wande hielt, wie er trank, trank, glucksend und stöhnend, bis er nicht mehr konnte, bis ihm der Schnaps schon wieder bei den Mundwinkeln herauslief. Nachgerund mußte er ablassen, aber die Flacke ließ er nicht auf den Tisch zurück, er barg sie vorn im Wams.
„Du — geh — geh —“ brummte er zornig und stierte sie kindlich an. „Was willst Du von mir? Flackchen du einziges —“ an lächelnde die Erhöhung, die die verschlechte Flacke vorn in seinem Wams aufwarf — „habe ich besseren Freund nicht mehr. Göt, Du mein Mädelchen!“ Er kniff, plötzlich wieder besserer Laune werdend, nun er die Flacke geborgen wußte, die schuhzunge Mözia in die Wange. „Weine nicht!“
Mözia erschau. Wie glücklich sah er sie an, mit ratunter-leuchten Augen, und warum brummte er seine Junge so? Konnte er nicht mehr sprechen?! „Sprich doch“, hat sie angstvoll, „was wollest Du sagen, sage es doch!“
Er beachtete sie jetzt nicht mehr, starr sah er nach der Tür. Da — da mußte er nun hereinkommen, den er bestimmt hatte für sein kleines Mädelchen! Er stierte und grimste; jetzt verdrehte er die Augen, daß sich die Pupillen ganz nach oben behielten. Jemand in der Wand oder im Ofen knachte es, es knag wie ein Klopfen. Uha, da klopste er ja schon an!
Die Junge gehörte Herr Tiralla plötzlich wieder, er keß: „Sehe!“ Ei, war das nicht der Wader, hübsch und schlanke, und umringt das Mädelchen mit Bräutigamsumgebund?
Grinsend sah der Tiralla, in seinem kranken Sinne jagten sich die Vorstellungen. „Gut so, gut“, murmelte er und schmauchte dann. „Gib Mözia einen Kuss!“ „Ei, so küß ihn doch wieder, ist ja der Wader! Schöner Durstige, guter Durstige, was? Bräutchen feines, ich sehe weg!“ Und mit heiserem Reden, das wie ein Glucksen aus der Kehle kam, hielt er sich die Hand vor die Augen; aber darunter her schielte er. „Junger Martin, junge Mözia — viele Kinder — Kinderlein, eins — zwei — drei!“ Er zeigte in geringen Absänden vom Boden und schmißt dabei eine furchtbarer Grimasse. „Freut sich Großvater Tiralla — wie, viele — keine Martins, keine Mözias — lauter Augentröst — ei, ei, ei!“
Er wollte Mözia küßeln, sie zu sich auf seine Knie ziehen, da ließ sie ihn zurück und schrie auf im Scham und Wiberwillen. Die Hände gegen die Ohren pressend, die Augen fest zumeisend, flüzte sie aus dem Zimmer.

Verdutzt sah der Freie ihr nach: wer war das? „Ge — hel!“
Keine Antwort, er war ganz allein.
„Du, was war das? Er sprach auf seine verlastete Hand; mehrere blutige Risse, von den Scherben des Glases geschnitten, waren an seinen Fingern. Nun fühlte er plötzlich, wie weh das tat.
„Blut — Blut.“ sollte er empor und hielt sich die Hand dicht unter die woguerellenden Laagen. Da, sie hatten ihn ermordet wollen! „Hilfe!“ Er fing an zu schreien, und rumpelte im Zimmer umher. —
Martin Wader, der mit offenen Augen im Bette sah, hörte den Hilfschrei. Wo kam der her? Aber er schloß sich nicht an, nachzuforschen. Er war wie an die Stelle gebannt. Ein seltsames Grausen kramte ihm. Er hatte heute nicht einmal bis Mitternacht schlafen können. Stunden lag er nun schon nach und lauschte, und sein überreiztes Gehör ließ ihm alle möglichen Dinge vernahmen. War da nicht etwas leise die Treppe herunter-gelassen — hatte es nicht vor seiner Tür Posto geklopf — oder war es weiter der Flur entlassungsgelächlicher?! Bei Gott, das war sie, sie, und sie wollte ihn nicht lassen!
Was weinte denn so, schluchzte, winselte wie ein entsetztes Kind, lappte an dem Wänden emslang?! Gorch, der Sand im Flur knirschte, es knackten die Treppentufen! War es die Haustür, die jetzt knarrte? Immerfort, immerfort ging da etwas um!
„Alle garben Geister!“ Der Wirsche betrauerte sich mur-melnd und trach dann tiefer unter sein Federbett. Ach, so schlimm konnte es längst nicht sein, in einer Schläft zu stehen! Lieber der Mündung einer Kanone gegenüber als diesem Auge — einem Auge, das er immerfort im Dunkel auf sich gerichtet wachte.
„Milkat!“ Er rief den Freund an, aber dieser brummte im Schlaf und antwortete nicht.
Menschenfurcht kramte Martin nicht, aber er fürchtete die Gespenster der Nacht. Und es waren Geister der Finsternis, die durch dieses Haus tobten. Das ahnte er. So blieb er liegen, Zorn gegen die eigne Feigheit im Herzen und doch nicht fähig, sie zu überwinden. Morgen, morgen, an hellen Tage wollte er gehen, und sollte er keine Rede zurücklassen müssen und alles, was er darin barg an lieben Andenken und neuen Gabstelligkeiten — morgen verließ er Stadt und Dorf! Gott sei gelobt — endlich — so hätte er nichts mehr! So hätte er ein —
(Fortsetzung folgt.)

Nachträge zu den Unruhen in Halle.

Der Gefesselte Lehmann, ehemaliger Vorsitzender des Soldatenrats in Merseburg, war in einer früheren Verhandlung vom Kriegsgericht in Halle wegen militärischen Aufruhrs zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hat der Gerichtsherr Revision eingelegt und eine Verurteilung nach § 107 zu 5 Jahren Reichshaus beantragt. Der Angeklagte hat ebenfalls Revision eingelegt und Freisprechung beantragt. Das Oberkriegsgericht hatte sich am Donnerstag in zweiter Instanz damit zu befassen.

Der Verhandlung liegt folgender Tatbestand zugrunde. Lehmann ist wie jeden Sonntag am Sonntag den 2. März nach Halle gefahren, um seine Leibwäsche zu einer Frau Dorn zu bringen, die diese reinigte. Am Sonntag nachmittag ist der Angeklagte mit der Frau Dorn und deren neunjähriger Tochter spazierengegangen. Dabei sind sie in die Nähe des Stadttheaters gekommen, wo sich die Kämpfe zwischen den Regierungstruppen und Spartakisten abspielten. Der Angeklagte hat sich bei seiner Begleiterin nach der Art der Kämpfe erkundigt und dann geäußert, daß er versuchen wolle, den Spartakisten im Stadttheater von weitem Widerstand abzugeben, da schon genug Blut geflossen sei. Trotzdem Frau Dorn ihn warnte, ist er durch einen hinteren Eingang in das Theater gegangen und kurze Zeit später wieder mit der Besatzung herausgekommen. In dem Augenblick, als er das Theater betrat, haben die Regierungstruppen begonnen, das Theater mit schweren Mörsern zu beschließen. Er hat dann mit den Leuten geredet, die dann in kleinen Trupps in der Richtung des Roten Turmes fortgingen. Lehmann selbst ist zu der Frau Dorn zurückgekehrt und am Abend auch nicht weggegangen. Am Montag früh ist er nach Merseburg zurückgekehrt. Dort rückte am gleichen Tag ein kleines Kommando der Reichswehr zum Bahnhof ein. Es war hier das Verdienst des Angeklagten, daß er, als es zu Schimpfereien zwischen Zivilisten und der Reichswehr kam, durch einen Kordon der Merseburger Sicherheitswehr alle weiteren Reibungen unmöglich machte.

In dem Urteil des Kriegsgerichts Halle wird ausgeführt, daß Lehmann in Halle war, um bei den Unruhen dabei zu sein. Er sei ein Mensch, der äußerst nervös und politisch verarrant sei. Das beweise eine Verhörsnotiz von ihm im „Volksblatt“ in Halle, in der er im Namen des Soldatenrats Merseburg gegen die Verhaftung des Leutnants F. r. o. l. a. n. d. protestiert, der ebenfalls der Reaktion und dem Spießbüßer zum Opfer gefallen sei. Lehmann sagt aus, daß er auf die Soldaten nur eingerebet habe, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden. In Merseburg habe der Soldatenrat beschlossen, beim Einrücken der Regierungstruppen die Nachbefugnisse des Soldatenrats an diese abzugeben, um Differenzen zu vermeiden. In diesem Geiste habe er auch in Halle gehandelt.

In der Beweisnahme werden acht Zeugen vernommen. Sie sagen, soweit sie Zeugen der Vorgänge im Stadttheater waren, übereinstimmend aus, daß Lehmann nur wenige Augenblicke im Stadttheater verweilt, dann mit etwa 30 bewaffneten Leuten wieder herauskam und mit ihnen sprach, worauf sich die Leute in Trupps in der Richtung des Marktes entzogen. Ob die Leute nachdem wieder geschossen haben und was Lehmann zu den Leuten gesagt hat, ist nicht festzustellen. Ebenso ist nicht festzustellen, ob die Leute auf die Einwirkung Lehmanns das Theater verlassen oder nur unter dem Eindruck der zunehmenden Feuerüberlegenheit der Regierungstruppen sich zurückzogen. Andre Zeugen sagen aus, daß Lehmann ihnen den Vorgang in Halle so geschildert hat, daß er beruhigend wirken sollte. Mitglieder des Merseburger Soldatenrats sagen aus, daß Lehmann bestrebt war, in Merseburg Ruhe und Ordnung zu halten, was ihm auch gelang. Zum Abschluß der Beweisnahme wird die Aussage des Garnisonältesten von Merseburg, Majors Hü n i k e n, befragt, der dem Angeklagten ein angünstiges Zeugnis ausstellt. In der weiteren Vernehmung stellt sich dann heraus, daß Lehmann im Auftrag des Soldatenrats Merseburg beantragt hatte, den Major zur Disposition zu stellen, da er bei den Truppen reaktionäre Reden hielt. Diese Tatsache wird von einem Zeugen bestätigt.

Der Vertreter der Angeklagten beantragt 5 Jahre Reichshaus und Entfernung aus dem Heere wegen Aufruhrs und Beteiligung als Mithelfer. Ein Strafamt, der früher von keinem Menschen verurteilt wird. Die Verteidiger des Angeklagten führen aus, daß es eine unerhörte Verletzung des Rechtsgefühls sei, wenn man einen Mann, der in der besten Absicht sein Leben einsetzte, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, und der sich nicht nur in den Grenzen seiner Heimatstadt als Soldatenratsvorsitzender fühlte, sondern auch außerhalb seine Pflicht tut, zu Reichshaus verurteilt. Das Vorleben des Angeklagten sei einwandfrei, seine Aussagen sind nicht zu widerlegen und zum größten Teile durch eidliche Aussagen der Zeugen bestätigt. Sein Wirken in Merseburg beweist außerdem, daß es dem Angeklagten daran lag, Ruhe zu halten. Die Verteidiger beantragen Freisprechung.

Nach längerer Beratung des Gerichts wird das Urteil verkündet, daß das Urteil des Kriegsgerichts Halle aufgehoben ist und der Angeklagte wegen mangelnder Beweise freigesprochen wird.

Provinz und Umgegend.

Kreis Wanzleben.

Längennebdingen, 12. Dezember. (Eine Gemeindevertreterversammlung) sagt Donnerstag abend. Auf der Tagesordnung war der Ankauf der Siedlungsflächen der Baugesellschaft Heinde u. Co., Magdeburg. Die Gemeindevertreter konnten sich nicht mit dem Antrag einverstanden erklären, und lehnten die Sache ab. Ueber die Ortswehr soll ein Ortskomitee ausgearbeitet werden, damit jeder Einwohner sich an dem Ortsschutz zu beteiligen hat.

Gehausen, 12. Dezember. (Eine Mitgliederversammlung) hielt der Sozialdemokratische Verein im Gasthof von Kiedge zusammen mit den jugendlichen Genossen ab, in der Genosse D a n t e r t (Benedikt) über die Jugendorganisation in der neuen Zeit sprach. Er zeigte der Jugend den richtigen Weg zu ihrer Betätigung und wies die älteren Genossen darauf hin, wie sie die Jugendbewegung unterstützen mußten. — Unberechtigte Kritik. Wenn bei Halberstädter oder Akerbergschlagungen in der Stadt Parteigenossen die Geschäftsführung haben, so sind doch diese nicht schuld daran, daß die Ertragspreise hoch sind, sondern einzig und allein die Käufer oder Händler sind die Schuldigen, weil einer den andern zu überbieten sucht. Wegen der eignen Unberaumt dann noch auf die Genossen schimpfen, ist ungerecht und überflüssig.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Walden, 12. Dezember. (Eine öffentliche Wirtschafterversammlung) findet am Sonntag nachmittag 4 Uhr im Gewerkschaftsraum statt. Der Sekretär der Zentrale für Gemeindefürsorge C. r. u. n. i. w. über die heutigen Wirtschaftsverhältnisse sprechen. Auch die Versorgung mit Kohlen, Holz und Lebensmitteln soll besprochen und Stellung genommen werden zu dem hohen Kartoffeldeckungspreis.

Gatzenweg, 12. Dezember. (In einer öffentlichen Versammlung) welche gut besucht war, sprach Genosse M e j l e r über den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes. Er legte an der Hand von Material klar, was die Regierung alles zum Wiederaufbau geleistet hat. Vor allem appellierte er an die Frauen. Sie sind heute die ausgedehnten Personen. Der Feind steht rechts, das war die Parole des Abends, und es wurde allseitig gewünscht, öfter derartige belehrende Vorträge zu hören.

Halsborn, 12. Dezember. (Sozialdemokratischer Verein.) Am Sonntag abend 1/2 8 Uhr findet eine Mitgliederversammlung im Weidmacherschen Lokal statt. Genosse K u h n e r t wird einen Vortrag halten.

Kreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 12. Dezember. (Stadtoberordneten-Sitzung.) Genosse K a m m l e r sprach über die entstehenden Wehrkosten für den veränderten Neubau des Elektrizitätswerks und des Stadtbauamts-Verwaltungsgebäudes. Die bewilligten 100 000 Mark reichen nicht aus, die Ausgaben würden 200 000 Mark betragen. Dies sei ein gewaltiger Unterschied und man habe schon erwidert, ob man das Projekt nicht ganz fallen lassen könne und ob man nicht besser andre Wege gehen würde. Man habe da an das alte Landratsamt gedacht, habe aber auch davon wieder Abstand nehmen müssen, da die dortigen Räume inzwischen vermietet seien und Wohnungen doch jetzt dringend gebraucht würden. Er empfiehlt deshalb Zustimmung. Um der Gefahr einer nochmaligen Kostensteigerung vorzubeugen, empfiehlt er Aufnahme einer Klausel in die Werkverträge, daß die Summe nicht überschritten werden dürfe. Von anderer Seite wird ebenfalls das alte Arbeiten des Bauamts gefordert, während Stadtoberordnete K r e i z e r es in Schutz nimmt und dem Preisunterschied auf erhöhte Materialpreise usw. zurückführt. Die Genossen S t o l l b e r g und K a m m l e r erwiderten, es sei festgestellt, daß das Bauamt nicht mit der nötigen Beschleunigung gearbeitet, und sich bedeutend vererndet habe. Einstimmig werden sodann die Wehrkosten bewilligt. Ueber die Ueberlassung von Gartenland an die hiesige Baugenossenschaft berichtet Genosse C. a. r. d. Laut Bestimmung müßten zu den einzelnen Häusern, die von der Baugenossenschaft an der Grabower und Pulverstraße gebaut waren, je ein 200 Quadratmeter großer Garten vorhanden sein. Die jetzigen Gärten wären aber nur 80 Quadratmeter groß. In der Selbstmarkt Bürgermarkt könne die Stadt nun ein 44 Hektar großes, sich für diesen Zweck eignendes Gelände erwerben. Die Versammlung beschließt demgemäß. Genosse K a u f e begründet einen Antrag des Magistrats betr. Bildung einer Kommission zur Teilnahme an den Veranlagungen der Einwohnerwehr. Da die Stadt einen Zuschuß zur Wehr gäbe, habe sie auch das Recht, sich zu informieren, was diese treibe. Der Kommissionsbildung wurde zugestimmt. Der Schaffung einer Assistentenstelle an der städtischen Sparkasse, die durch vorhandene Mehraufwand begründet wird, wird zugestimmt und beschlossen, eine kommissarisch vorgeschickte Kraft anzuweisen. Für Ausführung von Bauarbeiten (Widstraßen usw.) im alten Krankenhaus werden 4200 Mark bewilligt. Der Beitritt zu einem Arbeitgeberverband im Regierungsbereich wird beschlossen und die Kosten in Höhe von 750 Mark werden bewilligt. Der Verband hat die Aufgabe, eine gewisse Einseitigkeit in der Beschäftigung der Beamten, Angestellten und Arbeiter unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse herzustellen und andre ähnliche Aufgaben zu erfüllen. Ein Antrag, auch dem vor dem 11. November 1918 aus der Kriegsgesellschaft zurückzuführen das bewilligte Ehrengeld von 100 Mark zu geben, ruft eine längere Debatte hervor. Genosse S o w a d als Referent führte aus, daß immer bei Festsetzung eines bestimmten Stadttags Gärten und Ungerechtigkeiten vorkommen würden. Er empfiehlt, das Geschenk auch den vorher Zurückgekehrten zu geben. In Betracht kämen 30 bis 40 Mann. Von unsern Genossen beteiligten sich an der Debatte Bürgermeister W i e g a n d, Stadtvorsteher K e i l e r, S t o l l b e r g und K a u f e. Es wird dem Wunsch Ausdruck gegeben, dem Zurückgekehrten das Geld noch vor Weihnachten auszugeben. Es wird dem Antrag gemäß beschlossen, mit dem Zusatz, es allen denen zu geben, die vor dem Kriegsausbruch ihren dauernden Wohnsitz in Burg hatten. Zuletzt beschäftigte sich die Versammlung noch einmal mit den gewählten Beschaffungsbeihilfen der Beamten und Angestellten. Genosse K a m m l e r teilte mit, daß nicht mehr eine sechsmonatige Tätigkeitsfrist erforderlich sein solle, sondern daß alle bis zum 1. Oktober Eingetretenen den vollen Betrag, die in der Zeit vom 1. Oktober bis 1. November Eingetretenen zwei Drittel und die nach diesem Termin Eingetretenen ein Drittel des festgesetzten Betrags erhalten sollen. Die Versammlung beschließt demgemäß und gibt ihre Zustimmung, daß der Magistrat von Fall zu Fall untersuchen solle, wann Ledige mit eigenem Hausstand als Verheiratete zu betrachten seien. — Diebstahl. Vom Hofe Magdeburger Promenade 27 wurde ein Fahrrad gestohlen. Was einer Wohnung Schulstraße 50 wurde eine Brieftasche mit 150 Mark entwendet. Einer Familie im Hofe Große Gartenstraße 7 wurde ein Gelbfußvogel von 1300 Mark gestohlen. In Debershausen stahl man dem Landwirt R. einen Dreifachmotor. — Freige nom men wurde der Arbeiter E. auf Grund eines Haftbefehls.

Kreis Quedlinburg-Wöhrleben-Kalbe.

Kochstedt, 12. Dezember. (Stadtoberordneten-Sitzung.) Der Antrag des Magistrats, bei der Zuteilung der Lebensmittel als Induzierung zu gelten, ist vom Kreisausschuß abgelehnt worden mit der Begründung, daß unser Ort mehr landwirtschaftliche als Industriearbeiter habe. Die Sitzung nahm Kenntnis von der Verfügung, daß die Rinderzulagen für Beamte von 30 Mark auf 50 Mark erhöht werden sind, rückwirkend vom 1. September. An Teuerungszulagen für die städtischen Beamten werden bewilligt: Dem Bürgermeister 600 Mark und für jedes Kind 100 Mark, dem Polizeiwachmeister 350 Mark, und der Witwe des verstorbenen Polizeiwachmeisters 150 Mark. Der erneute Antrag des Bürgermeisters a. D. F i c k e r auf Zahlung restierender Teuerungszulagen für 1918 wurde abgelehnt. Laut Protokoll der Stadtoberordneten-Sitzung vom 10. Januar soll nach Aussage verschiedener Stadtoberordneten der Bürgermeister damals auf die Gewährung besonderer Zulagen für das Rechnungsjahr 1918 verzichtet haben. Dem Mandanten und Ortssteuerempfänger sind 100 Mark als Entschädigung für Heizung des Kassenraums bewilligt worden. Für die Straßencleaning soll mehr geordert werden. Die Polizeiverwaltung soll darauf sehen, daß die polizeiliche Straßenreinigungsverordnung befolgt wird. Der Magistrat wird ersucht, Schritte zur baldigen Besserung des Fußwegs nach der Straße Café zu unternehmen; mit der Firma Silberbach soll wegen Stellung eines Fußwegs hierzu in Verbindung getreten werden. Ein Antrag der Bewohner des Jungbergs und des Neuen Wegs ersucht um Beihilfe zur Kostenbedeckung für die Zuleitung des elektrischen Stromes. Die Versammlung bewilligt die Uebernahme der Hälfte dieser Ausgabe. Es wird aus der Versammlung zur Sprache gebracht, daß den Verrohungen und den Uebelständen auf dem Friedhof abgeholfen und die Aufsicht verstärkt werden muß. Die Friedhofskommission soll die Schritte unternehmen und die Polizeiverwaltung durchgreifen. Auch die Schulleitung soll die Schuljugend belehrend in dieser Sache aufklären.

Schönebeck, 12. Dezember. (Parteiversammlung.) Die Sitzung des verstorbenen Genossen Thieme fand in der üblichen Weise statt. Genosse B u k referierte dann über die Zusammenlegung der vier Orte Schönebeck, Groß-Salze, Friedrich und Feigleben. Er hob noch einmal die Vorteile einer solchen Eingemeindung hervor und hofft, daß die Eingemeindung bis zum 1. April vollzogen sein wird. Wie notwendig es war, auch zu dieser Frage einmal Stellung zu nehmen, beweist der gute Versammlungsbesuch und die rege Diskussion, an der alle Vertreter der vier Gemeinden teilnahmen, und alle dem Referenten zustimmten. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, nach der unsere Vertreter im Stadtparlament für die Eingemeindung eintreten haben. In den Parteivereninsvorstand wurde Genossin S ü l t e r gewählt. Die Berichte vom letzten Parteitag wurden in einer lebhaften Debatte hervor. Es wurde gewünscht, daß für die Zukunft der Bildungsausmaß solche politische Feiern veranstaltet solle. Der Vorstand soll sich noch darüber beschließen werden. Es wurde dann noch eine große Zahl örtlicher Fragen besprochen. In allen Sachen wurde erspärende Auskunft gegeben. Es zeigte sich, daß wieder starkes

Interesse am Parteileben vorhanden ist, was auch in den täglich einlaufenden Anmeldungen zur Partei zum Ausdruck kommt.

Stahfurt, 12. Dezember. (Stadtoberordneten-Sitzung.) Auf eine Reihe von kleinen Anfragen seien die erzielten Antworten hier kurz mitgeteilt. Aus dem Ausland eingehende Liebesgabenfindungen mit Lebensmitteln, die nicht bezahlt zu werden brauchen, unterliegen keiner Beschlagnahme. Für die Familien der Kriegsgefallenen, Rentenempfänger, Witwen und dergleichen wird alles getan werden, was die beschränkten Mittel zulassen; insbesondere werden die ersteren zu Weihnachten mit Liebesgaben erfreut werden. Die Milchlieferung wird etwas besser werden, weil Milchkühe als Aushuter zur Verfügung stehen. Zuführen Kartoffelacker zur Verpachtung in kleinen Parzellen beschafft werden soll und kann, unterliegt nach der Beschaffung. Die Volkshochschule wird nun, nachdem eine Verspätung durch Zurücktreten einiger Dozenten eingetreten war, mit Beginn des neuen Jahres den Betrieb aufnehmen, die Vorlesung werden noch früher eröffnet werden. Bei der hierauf folgenden Wahl von 22 Armenbegüterungsverwaltern kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Dr. G e i k und der sozialdemokratischen Fraktion. Die Fraktion wollte außer den beiden Mandaten, die erledigt waren, noch vier andre nicht durch Wiederwahl, sondern durch Neuwahl besetzen. Das veranlagte Herrn G e i k von Parteipolitik, Majorisierung, Unterdrückung des Bürgerturns und dergleichen in den heftigsten Ausdrücken zu reden. Er verteidigte sich bis zu der Behauptung, daß dem Bürgerturn die Mitarbeit verleiht werde. Nachdem Herr G e i k die richtige Antwort erteilt und ihm nachgewiesen war, daß gerade hier von Parteipolitik keine Rede sein könne, beruhigte er sich. In 16 Fällen erfolgte Wiederwahl, in zweiten Neuwahl. In die Nahrungsmittelkommission wurden für zwei ausgegebene Mitglieder der Stadtoberordnete K r u m m und Herr Karl W ä r m a n n gewählt. Für die elektrische Lichtanlage im Hospital wurden 2800 Mark bewilligt. Es wurde dabei der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß diese schon stark vergrößerte Anlage bis Weihnachten erledigt sein wird. Dem Vaterländischen Frauenverein wurden zur Erhöhung des nur 60 Mark monatlich betragenden Gehalts der für die Pflege der Lungenstranfer bestimmten Schwester für die Zeit vom 1. April bis 1. Oktober 15 Mark und von da an 40 Mark für den Monat bewilligt. Der Beitrag an den Arbeitsnachweisverband Sachsen-Anhalt wurde von 50 auf 100 Mark für das Jahr erhöht. Zur Grunderwerbsteuer wurde nach dem Vorbild des Kreisratages die Erhebung eines Zuschlags beschloffen, von dem zwei Drittel in der Gemeinde verbleiben. Die Wertzuwachssteuer wird wieder eingeführt. Die Kraftfahrsteuer wird nach den Vorschriften der Regierung abgeändert, so daß alle Spannungslänge beseitigt werden; damit tritt im allgemeinen eine Erhöhung dieser Steuer ein. In der Angelegenheit der geplanten Konserverfabrik liegen nun die Zeichnungen und Kostenaufschläge vor. Daraus ergibt sich, daß die Baukosten sich auf 1 158 000 Mark belaufen werden, daß sie sich aber auf rund 1 1/2 Millionen Mark steigern werden, da die Baumaterialien noch fortbauend im Preise steigen. Trotz dieser hohen Summen aber würde die Ausführung der Bauten auch nur eine recht schnelle und wenig dauerhafte sein können. Da diese Ausgabe den vorher in Aussicht genommenen Betrag von einer Million Mark weit übersteigt, kann aus dem Vertrag mit der Firma B r e n t k e nichts werden. Nach langer Beratung einigte man sich auf eine neue Vertragsgrundlage, wie sie Stadtrat Dr. M o h n vorgeschlagen hatte, und beauftragte den Magistrat, auf dieser Grundlage von neuem mit der Firma B r e n t k e in Verhandlungen zu treten. Für das Magistratsbureau, dessen Geschäfte gewaltig angewachsen sind, wurde eine neue Assistentenstelle geschaffen. Drei Assistenten, deren Probenzeit abgelaufen ist, werden auf Kündigung eingestellt. Hierbei wurde mitgeteilt, daß nun endlich die Sparkasse von der Kämmerlei getrennt wird. Es war dies nun nicht mehr zu umgehen, weil alle Wertpapiere bei Amer Bank oder Sparkasse oder dergleichen hinterlegt fern müssen und die städtische Sparkasse sich diesen neuen Geschäftszweig nicht erlauben konnte. In den Kassenräumen werden die im Erdgeschoss gelegenen Polizeizimmer benutzt werden, die Polizeiräume aber werden in die Säule verlegt. Dazu sind natürlich bauliche Änderungen nötig. Das längst völlig unzulängliche Gehalt des Leiters des Wirtschaftsamts wurde von 350 auf 550 Mark monatlich erhöht. Die fogenannte Bauzulage der Ledmiller des Stadtbauamts wurde wieder bewilligt. Die Wahl eines Mitglieds zum Ortsausschuß für Jugendpflege wurde zurückgestellt. Ein aus der Versammlung gestellter Antrag, das Gewerbegericht zu einem Bezirksamtsgericht umzugestalten, wurde dem Magistrat überwiesen. Ein Antrag, für das Wirtschaftsamts größere Räume zu beschaffen, erledigte sich durch die Mitteilung, daß dieses Amt in aller nächster Zeit in den „Golzgraben“ verlegt wird. Ein weiterer Antrag, wegen Ueberbürdung des Baurats S e i p e l das Wohnungsamts wie die Kohlenstelle vom 1. Januar an vom Bauamt zu trennen und mit ihrer Leitung eine andre Person zu betrauen, führte eine längere Debatte herbei. Nach der Ansicht des Baurats S e i p e l lassen sich Bauamt und Wohnungsamts nicht trennen. Als ein Stadtoberordner die Bemerkung machte, daß Bauamt S e i p e l nicht das Vertrauen der Arbeiterchaft genieße, legte dieser sein Amt als Leiter der Ortskohlenstelle mit dem 1. Januar wieder. Im übrigen wurde die Sache dem Magistrat überwiesen.

Bereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorauszahlung, die Seite 25 Pfa., aufgeschrieben.
Gewerkschafts-Kalender. Am Montag den 15. Dezember, abends 7 Uhr, Kartellversammlung bei Kitzendorf, Knochenhauerufer 27/28.
Bund der deutschen Buchbinder. Desseiner Magdeburg. Am Sonntag den 14. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in der Aula der Luisenschule, Breiter Weg 189/200.
Schüler. Heute Freitag den 12. Dezember, abends 6 1/2 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung bei Güsse.
Turnverein Fichte (A.L.S.). Abt. Wetzlar. Sonnabend den 13. Dezember, abends 8 Uhr, Versammlung bei Kitzendorf, Knochenhauerufer 27/28.
Turnverein Fichte (A.L.S.). Abt. Wetzlar. Sonnabend den 13. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung im „Sohngollenpark“. **Turnverein Fichte (A.L.S.).** Abt. Wetzlar. Sonntag den 14. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, Versammlung in der „Gallia“.

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.		Füll Wasser		Füll Wasser	
Orte.	12.12.	Orte.	12.12.	Orte.	12.12.
Darbusitz	11.12.	Düben	12.12.	Brandenburg	11.12. + 2,39
Brandeb.	—	Großth.	12.12.	Brandenburg	—
Reinlt.	—	Erotha	—	Unterpegel	—
Selmerly	—	Rennburg Alp.	—	Rathenow	+ 1,58
Hüllis.	2,74, 0,24	Salze Oberpegel	—	Rathenow	—
Bresen.	0,92, 0,24	Salze Unterpegel	—	Sohnstorf	—
Fergau.	3,51, 0,24	Griehne	+ 2,55, 0,21	Sohnstorf	—
Miltzenberg	4,09, 0,02	—	+ 2,63, 0,17	—	—
Wollau	4,13, 0,01	—	—	—	—
Witten	11.12. 4,48	—	—	—	—
Baby	12.12. 4,40, 0,02	—	—	—	—
Magdeburg	3,62, 0,02	—	—	—	—
Tangernünde	4,41	—	—	—	—
Miltzenberge	4,09	—	—	—	—
Remen	11.12.	—	—	—	—
Dömitz	—	—	—	—	—
Dargau	10.12.	—	—	—	—
Boizenburg	11.12.	—	—	—	—
Sohnstorf	12.12.	—	—	—	—

Präsidenten Wehr (Oberpegel) + 5,10.

Wettervorhersage.

Sonntag den 14. Dezember: Nebel, trübe, vorläufig trocken, geringe Wärmeänderung. —
 (Schluß des redaktionellen Teils.)

Erfrorene Glieder

Werden bei Gebrauch von Friedes's Frostbäd in wenigen Tagen geheilt. Verlangen Sie dieses in Apotheken und Drogerien, aber lassen Sie sich nichts anderes aufreden.

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 291.

Magdeburg, Sonnabend den 13. Dezember 1919.

30. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 12. Dezember 1919.

Vom Schulkompromiß zur weltlichen Schule.

In zwei Versammlungen sprach am Donnerstag der jetzige Unterrichtssekretär Genosse Schulz über das Thema: Vom Schulkompromiß zur weltlichen Schule. Gestern abend behandelte er das Thema in einer gut besuchten Lehrerversammlung am Nachmittag, während er am Abend in öffentlicher Versammlung in Friedrichs Hallen nochmals sprach. Wenn auch hier der Besuch nicht so stark wie am Nachmittag war, so war der Verlauf dieser Versammlung ein glänzender. Die überaus sachliche Diskussion hielt die Teilnehmer bis 11 Uhr zusammen und bewies auch das rege Interesse an dieser wichtigen Kulturfrage.

Genosse Heinrich Schulz

sahre aus: Das Ergebnis der langwierigen Verhandlungen über die Weltliche in der neuen Verfassung, die die Schulfragen betreffen, war ein Kompromiß, das wohl niemand in Deutschland ganz befriedigen dürfte. Unser Parteilagenossen giffen das Kompromiß an und nannten sich den Vater des Kompromißes. Schuld haben doch schließlich die Wähler, die die Zusammenlegung der Nationalversammlung bestimmten. Wenn die Sozialdemokratie allein ausschlaggebend wäre, hätten wir selbstverständlich unsere sozialdemokratische Schulpolitik geübt. Wäre die Sozialdemokratie bei Ausbruch der Revolution und in ihrer weiteren Entwicklung einig gewesen, dann hätten wir heute die weltliche Schule durch Reichsgesetz. Wenn die Wahlen zur Nationalversammlung im Dezember stattgefunden hätten, dann wäre es selbst noch möglich gewesen, eine dem Sozialismus günstiger gestimmte Mehrheit zustande zu bringen. An der Verzögerung der Wahlen tragen die Unabhängigen die Schuld. Sie haben sehr gar keinen Grund, uns über das geschlossene Schulkompromiß Vorwürfe zu machen, denn es ist mit einer Folge ihrer Verbrechen, die Wahlen zu verschleppen. Die Ablehnung der Unabhängigen in der Nationalversammlung mit uns gemeinsam zu arbeiten, zwingt uns zur Koalition mit den Bürgerlichen. Jede Koalition fordert von den beteiligten Parteien Konzessionen, festgesetzt muß aber werden, daß die Sozialdemokratie die führende Rolle in der Regierung hat. Wenn jetzt die Gegner von rechts und die Gegner im allgemeinen das Schulkompromiß kritisieren, so muß ihnen gesagt werden, daß es besser um die Ergebnisse der Revolution auch auf diesem Gebiet stünde, wenn sie schon selber gegen die Schulpolitik der alten Regierung lebhafter protestiert hätten. (Sehr richtig!) Diese Freunde können und jetzt wirklich keinen Vorwurf machen, wenn wir unser Programm nicht verwirklichen.

Wenn man das Schulkompromiß richtig einschätzen will, muß man berücksichtigen, daß es sich nicht um einen kleinen politischen Aushändel handelt, sondern um eine

Angelegenheit verschiedener Weltanschauungen.

Das trifft besonders für Zentrum und Sozialdemokraten zu. Wenn das Zentrum so großen Einfluß erlangen konnte, so ist das Schuld der Demokratie, die unseren Antrag auf die Einführung der weltlichen Schule nicht unterstützte. Das hatte zur Folge, daß beim ersten Kompromiß Beschluß gefaßt wurde, die niemand befriedigten. In dieser schwierigen Situation kam die Unterzeichnung des Friedensvertrages. Die Demokraten schieben bekanntlich aus und überließen Zentrum und Sozialdemokraten die schwerste Verantwortung für das Volk. Hätte in diesem Augenblick das Zentrum ebenfalls abgesehen so wäre für das Volk das entsetzliche Unglück heringebrochen. Wir mühten um des Volkes willen mit dem Zentrum zusammenzugehen, trotzdem in der Schulfrage die gegenüberliegenden Anschauungen gegenüberstanden. In dieser furchtbaren Situation war das Schulkompromiß das kleinere Übel.

Das Übel des Kompromisses besteht darin, daß sich die verschiedenen Weltanschauungen bilden. Es war für das Zentrum ein schweres Opfer, verfassungsmäßig die weltliche Schule als gleichberechtigt neben der konfessionellen anzuerkennen. Als dann die Demokraten wieder hinzugezogen wurden, wurden ihnen Konzessionen auf Kosten des Zentrums gemacht. Die Grundlage bildet die Simultanschule. Wo die Erziehungsbehörden es beschließen, können auch die beiden andern Schulen eingerichtet werden. Die Aufgabe der Reichsregierung muß es sein, das Schulwesen auszubauen. Der § 146 läßt die Möglichkeit zu, das Prinzip der Einheitsschule zu durchbrechen, dadurch entsteht die Gefahr von Schulkämpfen innerhalb der Gemeinden. Mit der Stellung der weltlichen Schule verlangen wir die Beibehaltung der Religion aus der Schule. Nicht aus Religionsfeindschaft oder Pfaffenverhetzung. Wir haben

Achtung vor jeder ehrlichen Ueberzeugung.

Achtung auch vor jedem kleinsten Glauben. Allerdings machen wir keinen Vorwurf, die sich brüsten, innerlich mit der Kirche gebrochen zu haben, sich aber nicht entschließen können, diesen Bruch auch äußerlich zu vollziehen. (Sehr richtig!) Die Sozialdemokraten und Sozialdemokratischen aber, die sich innerlich zur Kirche bekennen, haben die Pflicht, sich in der Kirchengemeinde als Sozialisten zu betätigen und die Kirche zur Volkskirche umzugestalten. (Sehr richtig!)

Die weltliche Schule kann allein Staatschule sein, da sie alle Kinder des Volkes aufnehmen kann. Die Simultanschule birgt die Gefahr, daß die Kinder sich konfessionell gespalten. Die Weltanschauung bildet immer andersdenkende, da der gesamte Unterricht konfessionell-rechtlich durchdrückt ist. Diese Schwierigkeiten sollen durch eine Abstimmung der Erziehungsbehörden beseitigt werden. Diese Abstimmung wird den Vorteil haben, daß das ganze Volk vor die Entscheidung gestellt wird. Die Simultanschule der Zukunft wird anders sein als die der Vergangenheit. Kein Lehrer kann zur Erteilung von Religionsunterricht gezwungen werden, ebenso wie kein Kind teilzunehmen braucht. Die Willensbetätigung der Erziehungsbehörden soll ganz einfach und formlos sein. Es wäre so überflüssig denkbar, daß die Simultanschule weltliche Schule wird. Das könnte uns veranlassen, in kleineren Gemeinden für die Simultanschule einzutreten, wenn ihre Einführung eine Vervollständigung des Schulwesens bringt. In den Großstädten wird die Entscheidung klar zu fallen sein und es wird unsere Pflicht sein, möglichst viel weltliche Schulen einzurichten.

Pflicht der Lehrerschaft wird es sein, die weltlichen Schulen so auszubauen, daß sie den Beweis erbringen, daß die weltliche Schule allein die Schule der Zukunft ist. Auch die weltliche Schule wird die Religion als Unterrichtsgegenstand nicht ausmerzen können. Wir werden die Kinder objektiv mit ihr bekannt machen müssen, weil sie Bestandteil der kulturell-geschichtlichen Entwicklung ist. Ein großer Teil unserer Kunst und Dichtung ist religiös durchdrückt. Die weltliche Schule ist die Schule der Toleranz.

Wir müssen darauf hinwirken, unser Volk in kultureller Beziehung zu heben und es dadurch aus dem furchterlichen Ruinenbruch zu befreien. Das können wir durch unser Wirken für die weltliche Schule trotz des Schulkompromisses. Es muß sich zeigen, daß die weltliche Schule die Schule Deutschlands ist. (Lebhafter Beifall.)

In der äußerst anregenden Diskussion sprachen Doktor Köhlin, Frau Klein, Frau Behrens, die Genossen Friedel, Köbiger und Wagt, Frau Walther und Kaufmann Böhm. In seinem Schlußwort gibt Genosse Schulz seiner Freude über den Verlauf der Versammlung Ausdruck und geht auf einige Anfragen aus der Diskussion ein.

Aus der Angestellten-Bewegung.

Der Zentralverband der Angestellten hielt am Donnerstag abend eine sehr hart besuchte Vertrauensleute-Versammlung ab, in welcher der Vertreter der großen industriellen Werke, des Magdeburger Großhandels und sämtlicher Magdeburger Kaufhäuser, Warenhäuser und Spezialgeschäfte sowie der größten Schiffahrts- und Speditionsgesellschaften erschienen waren. Einleitend gab Herr B. Bach einen allgemeinen Situationsbericht und wies darauf hin, daß die Lage äußerst ernst sei. Das zweite Gegenkommen der Angestellten habe bei den Arbeitgebern keine Zustimmung gefunden, weshalb sich die Angestelltenvertreter mit einem dringenden Telegramm an das Reichsarbeitsministerium wandten, um noch in letzter Stunde eine Vermittlung herbeizuführen. Inzwischen haben die Arbeitgeber den Schlichtungsausschuß angerufen. Die Magdeburger Angestellten sind fest entschlossen, an ihrer letzten Forderung festzuhalten. Sonntag, 14. d. M., vormittags 9 Uhr, wird im Circus eine große Angekellern-Versammlung stattfinden, die sehr einschneidende Beschlüsse fassen wird. Weitere Parallelerfassungen sind in der Nähe geplant, um jeden Angestellten von der Sache zu unterrichten. Wenn es zum Außersten kommen sollte, muß die Schuld den Arbeitgebern zugeschoben werden, da sie durch ihre Hartnäckigkeit jede Einigung unmöglich machten. Die Magdeburger Angestellten sind auf alles vorbereitet und erwarten die Weisungen ihrer Führer. Für den Großhandel und Verkehr sprach Herr Schumacher, für die Industrie Herr Grigoleit und für den Kleinhandel Herr Meltinger. Die in ihren Ausführungen die Gefährdung der Angestellten betonten. Hierauf nahmen Vertreter der anderen Firmen das Wort. Um kurze Situationsberichte von den einzelnen Werken zu geben. Die Versammlung, die einen teilweise erregten Charakter annahm, nahm nach längeren Ausführungen des Kollegen Wuth folgende Entschlüsse an:

Die heute tagende Vertrauensleute-Versammlung des B. d. A. nimmt mit Entschiedenheit den Standpunkt der Angestellten und Tarifverträge Kenntnis und erwartet die Weisungen ihrer Führer. Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln und nur im Sinne der gelassenen Beschlüsse führen werden. Die anwesenden Vertrauensleute sprechen den Verhandlungsführern ihre volle Zustimmung aus, und sie geloben, beim Scheitern der Verhandlungen auch von dem letzten Mittel, dem Streik, Gebrauch zu machen.

Auf Vorschlag des Kollegen F. Bach wurden der Vorstand und die Sachgruppenleiter mit der Führung des evtl. Streiks beauftragt. Der Vorstand gab ferner bekannt, daß Kollegen F. Bach, Weisner, die Kollegen Wuth und B. Bach Vertreter vor dem Schlichtungsausschuß am Sonnabend sein werden. Kollege Weininger wies noch einmal auf den Ernst der Lage hin und ersuchte alle Anwesenden, in der Stunde der Gefahr ihre ganze Verantwortlichkeit einzusetzen.

Antwort des Reichsarbeitsministers. Auf das Telegramm der Angestelltenverbände und eine telegraphische Antwort vom Arbeitsministerium ein, die folgendermaßen lautet:

Berlin. Empfehle dringend, der Vorladung des Schlichtungsausschusses Magdeburg zu Gehör zu geben. Falls Verhandlung dort nicht erfolgt, wird gemäß meiner telephonischen Anweisung demobilisierungs-kommisssur Magdeburg Regierungsrat Kirchner unverzüglich Einigungsvorschläge unter seinem Vorwort aufnehmen. Reichsarbeitsminister. Auftrag Elyer.

Lohnbewegung in der Metallindustrie. Vom Metallarbeiterverband wird uns geschrieben: Die Orthopädie-, Mechaniker und Bandagisten befinden sich seit einigen Tagen im Streik. Wie in fast allen Berufen, so auch in der Metallindustrie, verdrängen die Arbeiter angesichts der gestiegenen Lebensmittel- und Bedarfsartikelpreise durch Lohnforderungen einen Ausgleich zu schaffen. Auch die Orthopädie-, Mechaniker und Bandagisten glauben aus diesem Grunde berechtigt zu sein, von ihren Arbeitgebern 25 Prozent Lohnsteigerung zu fordern. Sie glauben sich um so mehr dazu berechtigt, da ja ihre Arbeitgeber erst am 1. Oktober d. J. ihre Produkte um 60 Prozent im Preise erhöhen und dies mit den gestiegenen Lieferpreisen begründeten. Wir können ihnen diese Mehrforderung, sind aber der Meinung, daß auch die Gehälter für ihre Lebenshaltung erheblich höhere Aufwendungen machen müssen. Deshalb ist es unverständlich von den Arbeitgebern, in einer Zeit der vielgepriesenen Gleichberechtigung und Arbeitsgemeinschaft sich auf den Herrenhaus-Standpunkt zu stellen und die Arbeitnehmer, ohne sie zu hören, mit einer glatten Abweisung zu begnügen. Daß ein derartiges Verhalten Gefühls auslösen muß, wie sie sich durch einmütige Niederlegung der Arbeit gezeigt haben, ist nur zu verständlich. Die Erregung wurde noch gesteigert, nachdem die Lohnkommission von fast allen Unternehmern die Forderung erhalten, es solle eine Verständigung in den einzelnen Betrieben erfolgen. Nachdem die Vertrauensleute der Betriebe vorgetragen, wurden sie mit der nachstehenden Bemerkung: „Wenn die anderen bezahlen, bezahle ich auch“, abgetan. Die Arbeitgeber in der Großindustrie haben seit langem erkannt, daß es vorteilhaft ist, sich mit ihren Arbeitern und deren Vertretern an den Verhandlungstisch zu setzen und über kritische Fragen zu verhandeln. Die Herren Anwaltsmeister können sich zum Teil von den Beschlüssen der Vorstände noch nicht emanzipieren und in ihren Arbeitnehmern den gleichberechtigten Faktor erblicken. Und so mußte es durch den Starrsinn der Arbeitgeber dieser Industrie in einer Zeit der schwersten wirtschaftlichen Not und kurz vor dem Feste der Liebe zu diesem Konflikt kommen, der sicher sich vermeiden ließe, wenn man zu Verhandlungen geneigt wäre. Einzelne Arbeitgeber sind auch der besseren Einsicht gefolgt und haben sich mit ihren Leuten verständigt.

Am härtesten getroffen werden unsere armen Opfer des verruchten Weltkrieges, die Kriegsbefragten. Sie müssen in den Lagerten verharren und auf ihre Brothosen warten, bis es den Großunternehmern dieser Industrie gefällig ist, sich mit den Arbeitern zu verständigen. Leider werden sie vielleicht um die Freude, das Weihnachtsfest im Kreise ihrer lieben Angehörigen nach langer Entbehrung und Opfern aus Profitinteresse des Unternehmertums gebracht werden. Die Arbeiter werden ihre im Kampfe stehenden Kollegen nach besten Kräften unterstützen und für die Sozialisierung dieser Industrie Sorge tragen.

Die Gasabgabe an den Sonn- und Feiertagen soll nach einem Beschluß des Magistrats in den Morgenstunden nicht mehr wie bisher von 7 bis 9 Uhr, sondern von 7 bis 9 Uhr erfolgen. Diese Änderung tritt sofort in Kraft. Im übrigen bleibt die Lage der Gaszufuhrstunden unverändert.

Verbot des Müllabladens. Das Fort 1 an der Schönebener Straße ist in städtischen Besitz übergegangen. Der Magistrat sieht sich veranlaßt, das Abladen von Schutt, Asche und Hausmüll auf dem Gelände des Forts bis auf weiteres zu untersagen.

Platzkonzert. Am Sonntag den 14. Dezember findet das Platzkonzert in der Zeit von 12 bis 1 Uhr mittags an folgenden Stellen statt: 1. Auf dem Scharnhorstplatz; 2. auf dem Altmarkt (an der Köhligstraße); 3. in der Parlanlage am Leimbörger Weg (Sudenburg).

Eine mißglückte Zuderschiebung. Vom Schöffengericht waren der Auktor Gottlieb Halle und der Kaufmann Max Hausch zu je 8 Monaten Gefängnis verurteilt worden wegen einer Zuderschiebung in großem Umfang, die allerdings noch rechtzeitig entbedet wurde. Der genannte Auktor von der Zuderschiebung Halle bot dem Kaufmann Hausch eine Fuhre Zucker an. Hausch ging auf das Anerbieten ein. Halle sollte 5000 Mark im voraus erhalten. Er benachrichtigte B., daß er ihm am 16. Mai eine Fuhre Zucker von 100 Zentnern zur Verfügung stellen könne, die in der Halberstädter Straße übergeben werden sollte. Ein Abnehmer, der für die Ware 60 000 Mark erlegen wollte, war bereits gefunden. B. sollte von der Summe 27 500 Mark erhalten, während für B. 32 500 Mark berechnet waren. Die Sache klappte, wie bemerkt, nicht, der Zucker wurde den Wiedermännern abgenommen. Hausch war aber nicht zufrieden mit seiner Strafe und legte Berufung ein. Die Strafkammer verwarf jedoch die Berufung. Der Vorsitzende betonte mit Recht, daß Hausch eigentlich eine viel höhere Strafe verdient habe.

Das Zudergeschäft des Buchhalters. Einer Zuderschiebung wurden im August Zuderschiebung über 870 Zentner Zucker zugestellt. Die Scheine lauteten auf eine hiesige Firma. Der Buchhalter Wagner, der bei dieser ange stellt war, ließ diese Lieferungen, insgesamt 870 Zentner, auf dem Wasserweg nach einer Berliner Speditionsfirma transportieren. Der Zucker sollte in Berlin durch Vermittlung des Kaufmanns Richard Stodman hier für 150 000 Mark in den Schleichhandel gebracht werden. Auch der Schneidemesser Karl Berger hier wurde von W. beauftragt, nach Berlin zu fahren, um gegen eine Provision bei Erhebung des Geldes mitzuhelfen. W. buchte den üblichen Preis von ungefähr 20 000 Mark. Diesen Betrag wollte er an die Zuderschiebung zahlen, dagegen sollten 130 000 Mark nach Tübingen bei an St. und B. zu zahlenden Provisionen in seine Tasche fließen. Auch diese Schiebung wurde rechtzeitig entbedet, und der Zucker konnte von der Militärpolizei beschlagnahmt werden. Das Gericht verurteilte W. zu 8 Monaten Gefängnis wegen Betrugs, St. zu 4 Monaten Gefängnis wegen Beihilfe und Begünstigung und B. zu 1 Monat Gefängnis wegen Begünstigung. W. und St. wurden außerdem zu Geldstrafen von 5000 und 1000 Mark verurteilt wegen Vergehens gegen die Zuderverordnung.

Unfall. Am Donnerstag nachmittags fiel der Postmann Hermann Pfäffe aus Wörlitz beim Streichen eines Schornsteins auf einem Dampfer der Vereinigten Schiffsahrtsgesellschaft so unglücklich, daß W. den rechten Oberarm brach. Der Verunglückte fand Aufnahme im Krankenhaus.

Gehtohlen wurden aus einem Fabrikraum in der Harzborfer Straße 8 Zentner schwarzer Pfeffer; von einem Kassenhalter in der Johann-Bergstraße ein Halm; aus einem unverschlossenen Zimmer in der Volkestraße ein Brillantohrgehör; aus einem Saal einer Krankenanstalt eine goldene Damenuhr mit der Gravierung „Mara Blag“; aus einem verschlossenen Bureau in der Fürstentumstraße eine graue Stoffpuppe und ein Präzisionsuhrwerk mit zwei Uhrgehäu; aus einer Wohnung in der Kaiser-Friedrich-Straße ein goldener Perlenring mit großem Brillanten, ein goldener Damendingel mit gelbem Stein, der mit Brillantsteinen eingefaßt ist, und eine goldene Nadel mit drei Brillanten (Kreuzform), ein Stempel ein abstrahlbarer kleiner Brillant; aus einem verschlossenen Koffer am Kaiser-Wilhelm-Platz 25 vierzig verschiedene Wägen; aus einer verschlossenen Bodenwanne in der Großen Diederstraße ein Fahrrad „Tadello“ mit schwarzem Rahmen, schwarzen Felgen und etwas nach unten gebogener Lenkstange; aus einer Wohnung in der Anhaltstraße eine goldene Damenuhr mit Schlüßelzug; aus einem verschlossenen Laden am alten Brüdertor eine Federboa; aus einer Vertikube in der Feldstraße ein feidgrauer Mantel mit Kronenknöpfen.

Ein Bull und zwei Schweine gestohlen. In der Nacht zum 12. d. M. wurden einem Viehhändler in Diederich ein Bull, etwa 5 Zentner schwer, und zwei Schweine im Gewicht von zusammen etwa 3 Zentnern gestohlen und an Ort und Stelle geschlachtet. Sachdienliche Mitteilungen erbittet die Kriminalpolizei.

Wem gehören die Sachen? Bei dem am 9. Dezember wegen Verdacht des Diebstahls festgenommenen Arbeiter Bertold Perls wurden acht weiße Vorhemden, ungewaschen (gez. L. G. in rot), ein blauer wolleter Sweater und 2 Paar neue Radfahrerhemden, das eine Paar halb aus Leder mit drei Schnallen, das andere Paar halb aus Wachsdruckstoff, gefunden. Ohne Zweifel rühren diese Sachen aus Diebstählen her. Etwasige Eigentümer wollen sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 65, melden.

Ermittelte Sublimatdiebe. In der Nacht zum 9. d. M. wurden aus einer hiesigen Fabrik unter erschwerenden Umständen 925 Kilogramm Sublimat im Werte von 5000 Mark gestohlen. Als Diebe sind die Arbeiter Willt Heisenberg, Alexander Stauffeld und der Maurer Otto Berger ermittelt worden; die das Sublimat in die Wohnung eines Wachsministers Siegel geschafft haben, der als Fehler in Frage kommt.

Ergriffene Ratten- und Hühnerdiebe. Festgenommen wurden der Bäcker Paul Henning und der Koppelknecht Otto Heinenmann, die mit einem flüchtigen Gesellen im April, Mai August und September d. J. in mindestens fünf Fällen Hühner und Rindchen, auch im Sommer in Neustadt elf Hühner gestohlen haben. — Der Arbeiter Willi Degener aus Akerleben hat am 9. d. M. in einer Gartenpartie am Balmbergsweg sechs Rindchen gestohlen und getötet. Als er eine zweite Laube erbrach, wurde er durch einen Selbstschuß verletzt und flüchtete. Er wurde später im Wartsaal des Hauptbahnhofs von einem Polizeiwachmann getroffen, dem er durch die verbundene Hand auslief. Wie festgestellt, hatte sich Degener in Goslar wegen schweren Diebstahls in Untersuchungshaft befunden und war bei einer Vorführung zum Termin nach Halberstadt entwichen.

Festgenommen wurde der Schlosser Franz Wardehli von hier, der am 1. d. M. aus einer verschlossenen Wohnung in der Anhaltstraße ein Sparschwein mit einer Einlage von 748 Mark gestohlen hat. Den Betrag hat seine Ehefrau am 2. d. M. abgehoben.

Ein Fehler hatte sich in den gestrigen Polizeibericht eingeschlichen, der mittelste, daß Benediktstraße 15 ein Willi Schulz verhaftet wurde. Es muß heißen: Wendische Straße 1a.

Eine andre Firma. Im gestrigen Bericht vom Kaufmannsgesellschaft war die Rede von einer Firma H. Schmuths. Die Firma heißt richtig: G. Schmuths (Inhaber Richard Schmuths), Eisen- und Maschinenhandlung.

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein.

Bezirk Wilhelmstadt. Am Montag den 15. Dezember, abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Café „Kaiser Wilhelm“, Wilhelmstraße 5 — Am Dienstag den 16. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, Frauenversammlung im „Christlichen Gärten“, Große Diederstraße.

Theater, Konzerte etc.

Stadttheater. Heute Sonnabend, Sonntag und Montag nachmittags „Der gefesselte Kater“, Sonnabend abends „Traviata“, Sonntag Aufführung „Cagliostro“.

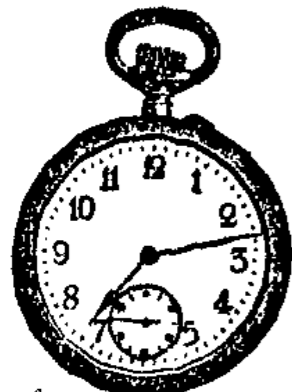
Ein deutsches Weihnachtsspiel. Sonnabend den 13. Dezember sowie am 3. und 4. Advent, abends 9 1/2 Uhr, in der Heiligengeistkirche. Karten bei Sebnitzhofen und an der Abendkasse.

Kaufhaus Selma Wittkowsky Lübecker Straße 20

Passende Weihnachts-Geschenke!

- Wäsche**
Mr. Herren, Damen und Kinder
sogar preiswert
Kleine Konfektionen! Gute Stoffe!
- Kleiderstoffe**
für Kostüme und Kleider in guten,
haltbaren Qualitäten
reine Wolle, in großer Auswahl!
- Kinderkleidung**
Mäntel, Kleiderchen, Knaben-
anzüge, Hüte, Mützen, Hüte,
Pelz- und Imal. Polzgarnturen
- Herrenartikel**
Oberhemden eigentl. Konfekt, Kragen,
Servietten, Manschetten, Kragen-
schoner, Krawatten in groß. Auswahl!
- Spielwaren**
Puppen und Puppen-Zutaten
von den billigsten bis schönsten Marken.

Passende Weihnachts-Geschenke



in Ringen, Ohrringen,
Brillen, Herrenketten,
Kollern, Herren-
Krawatten u. Western
zu soliden Preisen. Ferner
Grammophone
mit und ohne Trichter
(auch auf Zeitzahlung).
Nadeln u. Platten
und Mundharmonikas
in allen Qualitäten, vorzüglich.
Gegen die Streichhölzer-Knappheit
empfehle ich auch Feuerzeuge.

Reparaturen jeder Art, auch an Sprech-
maschinen, werden sauber u. prompt in
eigener Werkstatt ausgeführt. 8912

Otto Müller, Uhrmacher
Magdeburg-Alte Neustadt, Weinberg 48.

Friedensstoffe
in h. Qualitäten empfiehlt
Rudolf Fuß, Bismarckstr. 48, I.

Eduard Ranwig
Spiegel- u. Bilderrahmen-Fabrikation
Fabrik: Hohensobernstraße 6a
Laden: Große Schiffsstraße 6a
Telephon 4193
Selbstbilder, Landschaften, Gravuren etc.
in jeder gewöhnlichen Ausführung — geschmackvoll
gerahmt — zu billigsten Preisen.
Kaufe jeden Posten gut erhalt. Spiegel-
und Bilderrahmen mit und ohne Glas.
Für Barockspiegel zahle höchste Preise.

Rechtsbureau Referendar a. D.
Lebogott, Gr. Mühlstr. 5, Fernsprecher 6665.
Verfasser des Rechtsbuchs „Die unglückliche Ehe“.
Kunstfertigkeit und alle schriftlichen Arbeiten 4076
in Ehefachen
und allen andern Rechtsfachen, besonders auch in
Eienerfachen. — Sprech. 10-1, 3-6, Sonnt. 10-1 Uhr.

**Elegante und dauerhafte
Lederstiefel**
für 4014
Herren, Damen
und Kinder
Beste Filzstiefelwaren
in großer Auswahl
und zu angemessenen
Preisen.



Theodor Kraft
Sudenburg, Halberstädter Str. 118j

Obstbäume
Koch-, Halb- u. Zwergformen, prima schöne Spalter-
und Schnurbäume, Stachel- u. Johannisbeeren, Hochstamm
und Busch, Himbeeren, Rosen, Hochstamm und Busch, alles
nur in la. Ware, 200 Sauerländer-Halb- u. Zwergbäume, eventuell
im ganzen, empfiehlt 4174
Otto Fuchs, Magdeburg-Neustadt, Kastanienstraße 18
Telephon Nr. 8184

Kein Laden! Kein Laden!
Billige Spielwaren!
Kump. Gefasste von M. 1.75 an
Einzeln. Pferde von M. 0.90 an
Lebbykären, Eselkump, Elefant, Reiter
von M. 7.50 an
Puppen große Auswahl, von 2.50 b. 75.00 M.
Weihnachts-Glasfächer!
Gute Gelegenheik I. Wiederverkäufer.
A. Schuster, Fritz-Reuter-Str. 1,
Laden: Sauerländer-Platz
Lager: Zeitungsbande. 8955

Repariere nach Grammatik,
Korbblumen, Fahräder,
G. Weermann, Holtenhaufstr. 8a

Altmetalle
Alteisen 4101
Tuchabfälle
Lumpen aller Art
kauft zu höchsten Tagespreisen
F. Hirschhorn
Magdeburg-Budau
Martinst. 19, Fernspr. 5998
Kaufe auch von Händlern
Jedes Quantum wird abgeh.

Linial & Blutstein
Kutschhorstr. 18, Fernspr. 8251
Schafwolle 1014
Felle und Häute,
Roßhaare und
Polster-Roßhaare
kauft zu höchsten Tagespreisen
F. Hirschhorn,
Magdeburg-Budau
Martinst. 19 Fernspr. 5998

Altmetalle
Alteisen
Metallspäne
Tuchabfälle
alle
Sorten Lampen
laufen laufend 4070
zu hohen Preisen
Rostholder & Kesten
M. Reut., Weinberg 15
Bestellungen werden auf
Bumig abgeholt.

Altmetalle
Kupfer, Messing, Rotguss,
Späne, Zinn, Blei, Aluminium,
Zinn, Zinn kaufte zu höchsten
Preisen 4078
Kachschlager, Braunschweig,
Hachschlager, Straße 22.
— Fernsprecher 7267. —

Haarschmuck
stets das Neueste.
Parfümerien
der ersten Firmen
Größte Auswahl.
Carl Schramm
Ulrichstraße. Telephon 4025
3940

W. Kaufmann
Halberstädter Str. 40.
Musikinstrumente
Saiten und Zubehör. Be-
kannt beste Bezugsquelle.
Gr. Ausw., solide Preise.
Jed. Instrum. n. vorgesp.

Felle und Häute!
Für Felle und Häute die höchsten
Freise bei 4080
Rostholder & Kesten, Weinberg 15.

Schlafzimmer-Einrichtungen!
schwer eichene und gefirnischt, in mod. Ausführungen.
Wohnzimmer, Elegante, mod. lackierte u. gefirnischt
Stühlen, sehr preiswert. Herrenzimmer, Speisezimmer,
Eßiselongues und Sofas aus bestem Material. 5382
Köppe, Charlottenstr. 22, I.

Glänzend
ist und bleibt der Stiefel, wenn er mit
LAVALIN
geputzt.
In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.
Vertreter: **Eifrig & Weise, Magdeburg**
Halberstädter Straße 9a. Fernruf 6379.

Großer Weihnachts-Verkauf!
Lebwaren, Luxus- u. Geschenkartikel, Schmuckwaren, Ribbes, Glas, Porzellan,
Steingut, Waschtische, Kochtische, Haus- und Küchengeräte etc.
dauerhafte „Gumma“-Erzeugnisse eigener Werkstätten: Holz-Eisenbahnen,
Automobile, Kaffee-, Sand- und Schilddosen, Regeispiele, Christbaum-
kinder. — Ferner: Süßliche, Spielzeug und Rädergerä-
Spielwaren und Baumstämme in großer Auswahl. 4158

May Weißer, Magdeburg
Großhandlung: Wilhelmstr. 2/3. Einzelverkauf: Döbenstedter Str. 9.

Moden-Haus Petzon
Weihnachts-Angebot!
Pelzkragen, Tierform 150.00 122.00 98.00 79.50 65.00 M.
Pelzmaulern, Tonnen- und Taschenform, mit Köpfen von 65.00 M. an
Pelzmützen und Pelzhüte 110.00 95.00 80.00 65.00 49.50 M.
Samt- und Filzhüte 75.00 68.00 54.00 48.00 39.00 22.00 M.
Rücker in Wolle und Seide 75.00 65.00 55.00 45.00 M.
Blusen in Seide, Velle und Crêpe de Chine 120.00 90.00 65.00 59.50 M.
Tanzstunden-Kleider 275.00 225.00 275.00 M.
Anfertigung nach Maß! — Schnelle Lieferung! — Billige Preise!
Umarbeitungen nach neuen Modellen! 4149

Gehen Ihre Uhren nicht?
Reparaturen jeder Art.
Neue Uhren, Ketten, Kollern,
Brochen usw. sehr preiswert!
Fr. Pöllnitz Uhr-
macher
Schlosserstr. 9a, kein Laden

In 3 Tagen
werden Militärschuhe in
Zivilschuhe umgearbeitet.
Anfertigung nach Maß
und Reparaturen. 4782
Belohlantalt Zabel,
Döbenstedter Str. 36.

Berleihnstitut
von 4000
Gesellsch. - Anzügen
Möbes,
Fischlerstraße Nr. 15/16.
Fernsprecher 8285.

Konservendosen
verkauft, versch. u. fertige
Fr. Eisfeld Nachf.
Große Mühlstraße 7.
Loreng. unterhalb d. Reichs-
bant. — Fernspr. 8128. —
Beschäftigt v. 8 bis 6 Uhr.
Aufarbeit. gebraucht. Dosen
u. neue Deckel. 8909

Leuchtöl
brennt unter Garantie auf
jeder Petroleumlampe und
auf jedem Petroleumkocher.
la. Brauer, Kocher u. Dochte
am Lager. 8992
Eduard Wild,
Halberstädter Str. 46.
Fernsprecher 2174.

Wachstuchreste
zu Boden geeignet, Meter
zu 7.50 M., hat abzugeben.
Gustav Arnold,
Magdeburg-Sudenburg,
Halberstädter Straße 116 b.

Der Zeitungsschlüssel
erkäufendes für Zeitungslieferer
Preis 1.30 M.
Buchhandlung Volksstimme
Ankauf von Lampen,
Knochen, Alteisen und
sämtlichen Altmetallen,
auch von Fellen zu
höchsten Tagespreisen.
Anton Godecke
Alt-Fermerstraße 727a.

Pelzfachen jeder Art
werden modernisiert, repariert und neu angefertigt
von einfachsten bis zum feinsten Genre.
Herren- und Damenpelze werden umgefittet,
Jackets und Hüte umgearbeitet und neu gearbeitet.
— Felle und andre Futeln, auch etwas fertige
Ware stets lagernd. Ferner werden Felle zum
Werben und Färben entgegenommen, getragene
Pelzfachen gereinigt und gefärbt.
Fachmännischer Rat und Auskunft wird gern erteilt.
— Nur saubere Arbeit und billige Berechnung. —
Bitte genau **Nur Babelallee 20**
darauf zu achten: **Rüschnerlei Schmied**
Eingang über
Post links. —

Billige Holzpantinen!
1819 2021 2223 2425 2621
1.40 1.75 2.00 2.50 3.00 M. mit Oberleder
2.75 3.00 3.50 4.25 4.50 M. mit Leder
habe ich abzugeben. — Ferner unterhalte großes Lager in
Holzschuh- u. Pantinenhölzern
auch nehme ich Schuhfabrik- u. Reparatur u. u. umarbeiten an.
Gustav Arnold, Magdeburg-S.
Halberstädter Straße 116 b.

A. Liköre
Kognak - Weinbrand
Kognak - Vurschnitt
alkoholfreien Fenchel-Kognak
(Flaschen mitbringen)
Sekt, Weißweine, franz. Rotwein
etc. offeriert billigst
Likörfabrik und Weinhandlung
A. Schiller Nachf., Lubader Bern. Platz
Große Mühlstraße 11, erster Laden von Ecke
Kaiserstraße. 4024 Fernruf 1218.

Otto Mehlgarten, Harmonikafabrik.
Reparatur
Zweckinstrumente
für Harmonikafabrik
oder für
Bühnenmusik
bestenfalls
nur nach
Breiteweg 249
— I. Etage —
Eingang:
Kasselbadplatz
249.

E. Liebenow
Magdeburg
Sternstraße 29 Fernruf 7728
Lauft 8878
Pferde-Stubhaare, -Mähnenhaare
Wiederver- und Rostschlächterhaare
Gekämmte Pferdehaare
Gewaschene Ochsenschweifhaare
Schweinehaare Schweineborsten
Wolle

Altmetalle
Kupfer, Messing, Rotguss, Zinn, Aluminium, Blei,
Zinn und Metallspäne kaufen fortwährend 8947
Wesche & Co., Schützenstraße 14.

Wandkalender
für 1920
Preis 20 Pfg. — 25 Pfg. — 30 Pfg.
empfehl
Buchhandlg. Volksstimme
Große Mühlstraße Nr. 3.

